P R O T O K O L L

über die 35. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am Donnerstag, 28. September 1989, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Josef Brandstötter
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter H ahn
Karl Hochrather
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Günther Mayrhofer
Rudolf Pickl
Erna Probst
Franz Rohrauer
Gertrude Schreiberhuber
Ing. Dietmar Spanring
Wilhelm Spöck
Franz Steinparzer
Franz Straßer
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Otto Treml
Alfred Wallner
Christine Wieser
Wolfgang Wieser
Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor Obersenatsrat Dr. Franz Knapp
Senatsrat Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
Direktor TOAR Ing. Wolfgang Wein
Direktor OAR Helmut Riedler
OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
VOK Augustin Zineder
Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Angelobung eines neuen Gemeinderatsmitgliedes

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

1) K-7095/80	Verein Museum Arbeitswelt; Mitgliedsbeitrag 1989.
2) Präs-1052/88	Städtepartnerschaft für Einrichtungen, die der 3. Welt zugutekommen; Förderung des Projektes AGNEL AHRAM in Goa.
3) GHJ1-3844/89	Ankauf einer elektronischen Schreibmaschine sowie eines Diktiergerätes und 2 Wiedergabegeräte für das Büro des Bürgermeisters.
4) Gem-7180/88	Österr. Städtebund, Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum; Untersuchung der finanziellen Situation ausgewählter Städte; Ergänzung zum StS-Beschluß vom 12. 1. 1989.
5) F-395/73	Aktion "Essen auf Rädern"; Ankauf eines Zustellfahrzeuges (Ersatzbeschaffung).
6) GHJ2-3225/89	Sporthallenbuffet Kaserngasse 1; Renovierung.
7) GHJ1-2552/89	Schulkomplex Tabor; Erneuerung der Telefonanlage (Ersatzbeschaffung).
8) Ha-3633/89	Museum Industrielle Arbeitswelt Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
9) JW-6306/88	Jugendinformationszentrum Steyr, Eisengasse; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
10) Ha-4018/89 Bau5-830/89 Ha-2736/89	Siedlerverein Gleink; Errichtung einer Gerätehütte; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
11) Pol-3981/88	Verein "Miteinander" - Durchführung eines Behindertenprojektes; Anmietung einer Büroräumlichkeit im Stadtteil Resthof; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
12) Ha-2699/89	Magier-Club Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
13) Ha-4583/89	Multiple-Sklerose-Gesellschaft für Oberösterreich; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
14) Ha-766/89	Steyr-Notruf für vergewaltigte, mißhandelte und bedrohte Frauen; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

15) Ha-7267/88	ÖGJ-Jugendzentrum Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
16) SchuI-5931/86	Ankauf von Personalcomputern für den Polytechnischen Lehrgang.
17) Pers-619/89	VK Alexander Reder - Parkschaden am privaten Pkw während des Bereitschaftsdienstes - Geldaushilfe.
18) Bau3-1163/88	Gehsteigverbreiterung an der Westseite des Stadtplatzes - Umgestaltung der Haltestelle Stadtplatz (Städt. Verkehrsbetrieb); Ergänzung zum GR-Beschluß vom 18. 5. 1989.
19) Bau6-4775/89	Kanalisation Steyrdorf; Errichtung NS Direktionsstraße S 17 - S 18.
20) GHJ1-5353/89	Ankauf eines Telekopierers (Telefax) für das Referat für Presse und Information.
21) GHJ2-3371/89	HS Promenade - alter Turnsaal; Instandsetzungsarbeiten.
22) GHJ2-4238/89	Schloß Engelsegg, Redtenbachergasse 9: Instandsetzung der Schloßmauer.
23) Ha-5604/89	HTL-Ball 1989; Refundierung der Lustbarkeitsabgabe.
24) Ha-5337/89	Zukunftswerkstätte der SPÖ, außerordentliche Subvention zur Durchführung der Sommerwerkstatt 1989.
25) ÖAG-4766/88 Müllabfuhr	Mülldeponie der Stadt Steyr, Errichtung von zwei Grundwasserbeobachtungssonden und zwei Sickerwasserbrunnen samt erforderlichen Leitungen.
26) ÖAG-4766/88 Müllabfuhr	Mülldeponie der Stadt Steyr; Errichtung von Zäunen zur Umschließung des Deponieareals und der Grundwasserbeobachtungssonden.
27) Bau3-3047/89	Sanierung der Leitnerstiege; Projekt.
28) Bau4-1251/85	Neubau der Inneren Reiterbrücke; Gestaltung des Brückenbauwerkes und des linken Widerlagers.
29) Bau6-1110/89	Kanalisation Pfarrgasse; Auftragserweiterung zur Errichtung des Kanales Berggasse im Bereich der neu herzustellenden Pflasterung.
30) GHJ2-4694/89	Installation einer Drucksteigerungsanlage, VS und HS Ennsleite, Otto Glöckel-Straße 6.
31) GHJ2-2451/89	Sportheim Hubergut; Umdeckungsarbeiten - 1. Bauetappe.
32) ÖAG-3454/89	Errichtung einer Erdgasreduzierstation am Steinwändweg; Grundeinlösen.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

1) Präs-268/89	Oberstudienrat Prof. Friedrich Mayr; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.
2) Präs-577/89	Bezirksfeuerwehrkommandant Gottfried Wallergraber; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.
3) Präs-696/89	Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Dr. Friedrich Grohs.

4) Präs-486/78 — Förderung der II. Ausbaustufe von 1.000 auf 1.800 Arbeitsplätze des BMW-Motorenwerkes.

5) GHJ1-92/89 — Erweiterung der Siemens-Computeranlage vom Typ 7530 B auf 7530 D.

6) K-2584/84 — Schloßmuseum - Phase 2; Elektroinstallation.

7) Bau2-6446/86 — "Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik"; Gewährung einer zweiten Teilsubvention für den Umbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben.

8) Bau2-6446/86 — "Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik"; Gewährung einer außerordentlichen Subvention für das Jahr 1989.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

9) SH-267/88 — Pro mente infirmis - ATRIUM Arbeits- und Freizeitkooperative Steyr; Subvention.

10) Ha-915/88 — Mittel der Nahverkehrsförderung; Kostenersatz an die Stadtwerke.

11) Ha-5281/89 — Österr. Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt; Personalkostenzuschuß.

12) GHJ2-4194/85 — Aufstockung eines Darlehens des Landes Oberösterreich, Abteilung Wohnbauförderung; für die Sanierung des Objektes Redtenbachergasse 9 "Schloß Engelsegg".

13) GemIII-4724/88 — Fa. Tabor Warenhaus GmbH & Co KG - Getränkesteuer-Nachsicht.

14) Wa-5450/75 — RHV Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluß 1988; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr; Akontozahlung für das Finanzjahr 1989.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

15) Ha-7457/86 — Pfarrkirche St. Michael; Innenrestaurierung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

16) Bau5-2070/89 — Städt. Zentralaltersheim; Erneuerung und Optimierung der Heizungsanlage; Adaptierung der Müllabwurfanlage.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

17) ÖAG-1950/89 Müllabfuhr — Ankauf von Blechsammelbehältern.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

18) Bau3-1240/81 — Ausbau der August-Moser- und der Feldstraße sowie Errichtung von Haltebuchten in der Steiner Straße; Grundeinlöse und Arbeitsvergabe.

19) Bau3-3271/89 — Neugestaltung der Pfarrgasse.

20) Bau3-3132/89 — Belagsarbeiten an der B 122 (Voralpenbundesstraße) im Bereich Seifentruhe, km 32.500 - km 33.040.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

21) Bau6-1110/89 — Kanalisation Pfarrgasse; Variante A (Kanalbau) - Auftragsvergabe zur Durchführung der Auftragsteile A und B - Mittelfreigabe.

22) Bau6-1074/88
Bau3-4700/85 — Errichtung Kanalisation Steyrdorf; NS Direktionsstraße und Frauenstiege; NK Pfefferlweg, Sierninger Straße 2, Fabrikstraße und Badgasse inkl. Regenentlastungen; Straßenbauarbeiten Direktions-, Sierninger- und Fabrikstraße; Mittelfreigabe 1989.

23) Bau5-7247/80 — Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen Steyr; Fassadenimprägnierung.

24) Bau2-2885/89 — Bebauungsplan Nr. 5 - Änderung Nr. 1 - Marsstraße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

25) ÖAG-4761/89
Stadtwerke — Erdgasaufschließung im Bereich Leitenweg sowie Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges.

26) ÖAG-4802/89
Stadtwerke — Erneuerung eines Trinkwasserversorgungsstranges sowie Neuverlegung eines Erdgasversorgungsstranges Rohrauerstraße; Auftragsvergaben.

27) ÖAG-6216/76
Stadtwerke — Erdgasliefervertrag - vertragliche Preisvereinbarung für das Jahr 1990.

28) ÖAG-5574/89
Stadtwerke — Verlegung eines Niederdruckgasversorgungsstranges DN 150 bis DN 100 im Bereich der Sepp-Ahrer-Straße; Erneuerung eines Trinkwasserversorgungsstranges im gleichen Siedlungsbereich - Auftragsvergaben.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

29) GHJ2-3371/89 — HS Promenade - alter Turnsaal; Instandsetzungsarbeiten.

30) GHJ1-865/89 — Ankauf von Einrichtungsgegenständen für städtische Schulen.

31) ÖAG-1201/87 — Fa. STOBA - Präzisionsteile-GesmbH - Betriebserweiterung.

32) ÖAG-5477/85 — Rückkauf des Grundstückes 1576/9, KG Föhrenschacherl, von der Fa. Lehner optoelectronic GesmbH, Sierninger Straße 48 a, 4400 Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf Sie zur heutigen Sitzung recht herzlich begrüßen und darf dieselbe eröffnen. Die Einladung ist zeitgemäß und ordnungsgemäß ergangen und die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates ist gegeben. Ich ersuche die Gemeinderäte Herrn Brandstötter und Herrn Wolfgang Wieser um die Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Entschuldigt haben sich Herr Gemeinderat Vorhauer und Herr Stadtrat Pimsl.
Zur Angelobung eines neuen Gemeinderates möchte ich mitteilen, daß Herr Gemeinderat Ing. Karl Pragerstorfer mit Erklärung vom 4. September 1989 auf sein Gemeinderatsmandat verzichtet hat und es war nach Maßgabe der Statutargemeindewahlordnung das nächstgereihte Ersatzmitglied Franz Ramoser in den Gemeinderat zu berufen. Dieser erklärte jedoch am 22. 9. schriftlich, auf das freigewordene Gemeinderatsmandat zu verzichten. Dies hat zur Folge, daß nach dem Wahlvorschlag der GAL, der nächstgereihte Kandidat in der Person von Herrn Kurt Apfelthaler einzuberufen war. Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber nicht verabsäumen, Herrn Ing. Karl Pragerstorfer für seine verdienstvolle Mitwirkung im Gemeinderat aufrichtig zu danken. Ing. Karl Pragerstorfer gehörte zwar erst seit 8. September 1988 dem Gemeinderat der Stadt Steyr an, hat aber in dieser realtiv kurzen Zeit im Gemeinderat selbst bzw. in verschiedenen Ausschüssen sein Wissen engagiert in den Dienst der Sache gestellt.
Meine Damen und Herren, nach Maßgabe der Tagesordnung wäre nunmehr die Angelobung des neuen Gemeinderatsmitgliedes Kurt Apfelthaler vorgesehen. Ich habe aber von Herrn Apfelthaler ein Schreiben folgenden Inhaltes erhalten:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich danke Ihnen für die Einladung zur Angelobung als Mandatar der GAL Steyr am Donnerstag, 28. September 1989 um 14 Uhr. Ich muß Sie bitten, mich für diesen Termin zu entschuldigen, da ich gerade zu diesem Termin einen für meinen Betrieb wichtigen geschäftlichen Abschluß tätige. Da aufgrund der kurzfristigen Einladung der geschäftliche Termin nicht mehr änderbar ist, muß ich dieser Angelobung zum Gemeinderat fernbleiben."
Ich akzeptiere diese Entschuldigung. Die Angelobung eines neuen Gemeinderates kann daher erst in der nächsten Sitzung des Gemeinderates vorgenommen werden.
Ich bitte um Kenntnisnahme.
Zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich mitteilen, daß solche nicht vorliegen . Dieser Punkt ist damit erledigt.
Wir kommen damit zu den Mitteilungen des Bürgermeisters und ich darf da zu einigen aktuellen Themen Stellung nehmen.
Aus der letzten Benachrichtigung des Arbeitsamtes zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage ergibt sich folgendes:
Die anhaltend gute Wirtschaftskonjunktur, begleitet von positiven saisonellen Impulsen, bewirkte weiterhin eine günstige Arbeitsmarktlage. Die Arbeitslosenzahl stagniert derzeit, ein leichter Anstieg im Vergleich zum Vormonat läßt sich durch einen erheblichen Zuwachs an vorgemerkten Ausländern erklären. Die Bauwirtschaft verfügt weiterhin über einen hohen Auslastungsgrad, auch in der Fahrzeugindustrie hält der Aufwärtstrend an. Hohe Auftragsstände erlauben eine optimistische Einschätzung der Entwicklung in den nächsten Monaten. Ein positiver Trend war auch im Fremdenverkehrsbereich zu beobachten. Immer geringer wird das Stellenangebot jedoch für ungelernte Kräfte, die Arbeitsmarktverwaltung versucht daher verstärkt, durch betriebliche Schulungen und Kursausbildung Qualifikationsmängel zu beheben.
Die Arbeitslosenrate lag im August bei 5,6 Prozent (im Juli 5,5 Prozent, im August 1988 6,1 Prozent). Im Amtsbezirk waren 2.089 Arbeitslose (955 Männer und 1.134 Frauen) gemeldet, das waren um 29 (oder 1,4 Prozent) mehr als im Vormonat. Im Jahresvergleich ergab sich jedoch ein Rückgang von 9,7 Prozent (das sind 225

Vorgemerkte). Dabei fällt allerdings auf, daß sich diese Rate seit Jänner 1989 zwischen den Prozentpunkten 24 und 18 bewegte. Im Berichtsmonat wurden vom Arbeitsamt Steyr 128 Ausländer betreut, das waren um 82 mehr als im August 1988. Bei der Jugendarbeitslosigkeit setzt sich die positive Entwicklung fort. 529 Arbeitslose zwischen 15 und 25 Jahren (221 Burschen, 308 Mädchen) sind derzeit arbeitslos gemeldet, der Rückgang im Vergleich zum Vorjahresmonat beträgt 103 (51 Männlich, 52 weiblich), das sind insgesamt 16,3 Prozent. Dieser positive Trend wird verursacht durch geburtenschwache Schulentlaßjahrgänge, aber auch durch das Faktum, daß von der starken Arbeitskräftenachfrage in erster Linie junge Menschen profitieren. Bei den Vorgemerkten über 25 Jahre beträgt der Anteil von Langzeitarbeitslosen (Meldedauer über 1 Jahr) noch immer 28 Prozent. Ende August waren im Bezirk Steyr 654 offene Stellen gemeldet, um 25 oder 3,8 Prozent weniger als im Vormonat. Die Zunahme im Vorjahresvergleich betrug jedoch 262, das sind 66,8 Prozent.
Die Situation am Lehrstellenmarkt weist nunmehr einen deutlichen Überhang an Lehrstellen auf. 78 Lehrstellensuchenden stehen 171 Ausbildungsangebote gegenüber. Die meisten offenen Lehrstellen sind in den Berufen Maurer, Maler, Tischler, Einzelhandelskaufmann, Kellner und Koch gemeldet. Das Interesse der Jugendlichen konzentriert sich auf Ausbildungsmöglichkeiten in den Bereichen Kfz-Mechaniker, Einzelhandelskaufmann, Friseur, Bürokaufmann. Mädchen mit einer unter dem Durchschnitt liegenden Schulleistung haben weiterhin große Schwierigkeiten, eine Einstellungszusage zu bekommen.
Soweit der Bericht über die Arbeitsmarktsituation, der eine erfreuliche Tendenz aufweist.
Ich möchte noch eine Mitteilung machen über ein Problem, das mehrmals in Ausschüssen, in verschiedenen Beratungen und in Gesprächen mit der OÖ. Landesregierung diskutiert wurde, und zwar eine Einbeziehung der RHV-Mitgliedsgemeinden in unsere Müllentsorgung. Eine im Gegenstand ursprünglich mit Landesrat Dr. Pühringer für 14. 9. 1989 beabsichtigte Aussprache wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Anlaß dafür war eine in der Zwischenzeit stattgefundene wasserrechtliche Vorbesprechung betreffend Änderung des Grundwasserschongebietes, in deren Verlauf sich ziemlich sicher abzeichnete, daß aufgrund der bestehenden Strömungsrichtung des Grundwassers eine Ausweitung der Mülldeponie aus wasserrechtlichen Gründen räumlich nicht möglich sein wird. Es erscheint daher notwendig, zunächst diese Vorfrage zu klären, da eine Einbeziehung weiterer Gemeinden ohne Ausdehnung der Mülldeponie von vornherein mehr als problematisch erscheint, zumal in einem solchen Fall der Fassungsraum der Mülldeponie zu rasch erschöpft wäre.
Ich bitte um Kenntnisnahme dieser Mitteilung. Wir bleiben selbstverständlich hier mit dem Land in Kontakt und werden die Gespräche zu gegebener Zeit selbstverständlich wieder aufnehmen.
Mir scheint es auch wichtig, über ein weiteres Problem einen kurzen Bericht zu machen, und zwar über ein Oldtimer-Museum in unserer Stadt. Mir scheint es wichtig, seitens unserer Stadt das Interesse daran zu bekunden, daß zwischen dem Standort der Produktion der Fahrzeuge und deren musealer Darstellung ein Zusammeng bestehen soll. Ich habe deshalb an Herrn Direktor Fröhlich der Steyr-Daimler-Puch AG kürzlich in einem Schreiben die Absicht der Stadtverwaltung bekanntgegeben, ein sogenanntes Oldtimer-Museum für Exponate der Steyr-Daimler-Puch AG in unserer Stadt zu etablieren. Für die breite Öffentlichkeit ist sicher die Entwicklung der Pkw-Produktion am interesantesten. Bekanntlich wird der Stadtteil Wehrgraben unter großem finanziellen Einsatz der Stadtverwaltung revitalisiert, wobei eine wesentliche Initialzündung von der Schaffung des Arbeitsmuseums ausgegangen ist. Es wäre daher sinnvoll, in weiterer Folge auch das neue Museum in diesem Bereich, z. B. im Rahmen des FAZAT, anzusiedeln. Da aber von vornherein abzusehen ist, daß die Verwirklichung dieser Absicht noch längere Zeit in An-

spruch nehmen wird, sollte die Möglichkeit geprüft werden, die auszustellenden Objekte vorübergehend in einem der freigewordenen Objekte der Steyr-Daimler-Puch einzustellen.
Ich gebe Ihnen hier diese Absicht der Stadt bekannt und glaube, daß Sie Ihre Unterstützung für dieses Vorhaben nicht versagen.
Nun zu einem sehr wichtigen Problem, zur wirtschaftlichen Entwicklung der Steyr-Daimler-Puch AG bzw. zur Übernahme der Steyr-Lkw-Sparte durch MAN.
Hier handelt es sich um wohl das wichtigste Ereignis der letzten Zeit. Die wirtschaftliche Entwicklung der Steyr-Daimler-Puch AG betreffend der Übernahme der Lkw-Sparte durch MAN wird in Zukunft auch für die kommunale Entwicklung der Stadt große Bedeutung haben. Da zu diesem Problemkreis in der Bevölkerung große Unsicherheit besteht, erscheint mir die direkte Wiedergabe einer Information des Obmannes des Zentralbetriebsrates, Abgeordneten zum Nationalrat Hermann Leithenmayr, sinnvoll. Besonders wichtig ist es, möglichst rasch zu einer Beruhigung der Situation durch Aufklärung und Information beizutragen. Die Gespräche und Verhandlungen der Steyr-Daimler-Puch AG, die schließlich zum Beschluß des Aufsichtsrates vom 12. 9. 1989, mit dem die Übernahme der Lkw-Sparte durch MAN erfolgte, geführt haben, dauerten lange Zeit. Dies ist offenbar der Grund dafür, daß meine schriftliche Bitte an Generaldirektor Dipl. Ing. Otto Voisard vom 18. April 1989 um eine Lageinformation erst mit dessen Note vom 26. Juli 1989 beantwortet wurde. Da dieses Schreiben noch keine konkrete Antwort enthält und darin nur auf laufende Verhandlungen hingewiesen wird und es überdies durch den Aufsichtsratsbeschluß vom 12. 9. 1989 überholt erscheint, erspare ich mir dessen Verlesung, was ursprünglich meine Absicht war.
Die Information von Zentralbetriebsratsobmann Leithenmayr hingegen möchte ich mit geringfügigen Kürzungen wie folgt zur Kenntnis bringen:
"Durch den Beschluß des Aufsichtsrates vom 12. September 1989 kommt es zur einschneidensten Veränderung der Betriebsstruktur seit Kriegsende. Die jahrelange Suche nach Partnern ist damit, zumindest für den Lkw-Bereich, beendet. Überraschend ist für alle, daß die fast perfekte Kooperation in der Traktorsparte im letzten Moment geplatzt ist und daß am Lkw-Sektor die hektischen Verhandlungen, welche in den letzten Monaten mit DAF und MAN geführt wurden, letztlich früher als erwartet zu einem Abschluß gebracht wurden. Über Wunsch der MAN AG wurde der Abschluß unter großem Zeitdruck, unmittelbar vor der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt, im Aufsichtsrat der Steyr-Daimler-Puch AG bestätigt. Weil das Münchner Unternehmen das bessere Angebot gelegt hatte, zog der holländische DAF-Konzern sein Offert zurück. MAN räumt, wie der Vorstand im Aufsichtsrat berichtete, Steyr im Konzern mehr Selbständigkeit ein, als DAF zu gehen bereit war. Durch die Übernahme von MAN werden sich in bezug auf die zukünftigen Produktionsverhältnisse und die Produktion wesentlich weniger Veränderungen ergeben, als dies bei einer Übernahme durch DAF der Fall gewesen wäre. Dies ist auch einer der Hauptgründe, warum sich der Steyr-Eigentümer, die CA, für MAN als Käufer entschieden hat.
Belegschaften werden mit allen Rechten und Pflichten übernommen. Der Lkw-Produktions-, Entwicklungs- und Vertriebsbereich soll vorerst mit rund 2.200 Beschäftigten weitergeführt werden. Nach erfolgter Umstrukturierung, welche im Jahre 1993 abgeschlossen sein soll, werden 1.600 bis 1.900 Arbeiter und Angestellte mit Standort Steyr bei der MAN-Steyr-Nutzfahrzeug AG, wie der neue Name lauten wird, beschäftigt sein. Noch im Herbst des heurigen Jahres soll von Steyr eine eigene Steyr-Nutzfahrzeug AG gegründet werden. Am 1. 1. 1990 wird Steyr die Lkw-Sparte in diese neue Gesellschaft einbringen. Zum gleichen Termin wird die MAN AG 80 Prozent der Anteile dieser Gesellschaft käuflich erwerben. Bis Oktober des heurigen Jahres werden, nach Auskunft des Generaldirektors Voisarf, alle Beschäftigten, welche von der neuen Gesellschaft übernommen werden, von dieser Übernahme in Kenntnis gesetzt. Die Übernahme der Belegschaft mit

allen Rechten und Pflichten bedeutet, daß es im Zusammenhang mit dem Wechsel der Besitzverhältnisse in der neuen Gesellschaft zu keinen Kündigungen der durch die Übernahme betroffenen Dienstnehmer kommen wird.
Unter Beibehaltung der Rechte und Pflichten wurde auf mehrfaches Befragen durch die Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat, durch den Vorsitzenden Generaldirektor Schmidt-Chiari definiert, daß darunter die Beibehaltung des gesamten Lohnes, Gehaltes und sozialrechtlichen Besitzstandes verstanden wird. Mit dieser Form der Übernahme ist gewährleistet, daß Massenkündigungen sowie Kürzungen von Lohn oder Sozialleistungen hintangehalten werden.
Zukunftüges Produktionsprogramm: Das derzeitige Steyr-Lkw-Angebot wird weiter so lange gefertigt, als dies wirtschaftlich erfolgreich erscheint. Jedenfalls wurde vereinbart, daß die schwere Lkw-Reihe mindestens noch zweieinhalb Jahre, die Steyr-Mittelklasse vier Jahre, erzeugt werden soll. MAN beabsichtigt, wesentliche Fertigungen an den Steyr-Standort zu verlagern. Unter anderem soll die Montage der mittleren MAN-Lkw-Reihe mit einer Jahresstückzahl von rund 3.000 Einheiten in Steyr montiert werden. Für die neue leichte MAN-Fahrzeug-Generation soll unser Erzeugnis Steyr-Mittelklasse-Fahrerhaus adaptiert und in einer Stückzahl von rund 10.000 Einheiten ab 1993 gefertigt werden. Weiters sollen alle MAN-Vorderachsen zukünftig in Steyr produziert werden. Dabei handelt es sich nach heutigem Planungsstand um 33.000 Stück. Rund 120 Mitarbeiter sollen im Rahmen der neuen Gesellschaft Entwicklungsaufgaben für MAN sowie für andere Fahrzeughersteller wahrnehmen. Mit Hilfe dieser Entwicklungsmannschaft sollte es auch möglich sein, die beschäftigungsmäßige Zukunft des Standortes Steyr im Lkw-Bereich abzusichern. Zur Modernisierung verschiedener Produktionsbereiche, insbesondere im Bereich der Montage, der Lackierung, der Kaltverformung und der Achsenfertigung wird es in den nächsten Jahren zu Investitionen im Ausmaß von mehr als einer Milliarde Schilling kommen.
Aufgrund der Übernahme der Lkw-Sparte und der Auslastungsmöglichkeiten, die durch MAN gegeben erscheinen, kann die Zukunft dieses Bereiches zumindest mittelfristig als gesichert betrachtet werden.

Dazu darf ich sagen, daß der Grund dieser ganzen Kooperation bzw. des Verkaufes - dieser Begriff ist sicher der bessere - der war, daß die Zukunftssicherung die Motivation für diese Handlungsweise war. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen - es gab schon Äußerungen in dieser Richtung - daß der Betrieb überhaupt aufgrund der nicht gegebenen Wirtschaftlichkeit geschlossen werden sollte. Dieses Ergebnis hat dazu geführt, daß der Weiterbestand des Betriebes mit dem größten Teil der Arbeitsplätze sicher auch in Zukunft Bestand haben wird.
Etwas mehr als die Hälfte der gegenwärtig bei Steyr-Daimler-Puch Beschäftigten bleiben jedoch in der Steyr-Daimler-Puch AG, aus der nun auch definitiv die Sparte Landmaschinen mit 1. 1. 1990 ausgegliedert wird. Die Sparte Landmaschinen wird die Endmontage, den Vertrieb und die Entwicklung von Traktoren umfassen. In der Steyr-Daimler-Puch AG verbliebe also nach heutigem Wissensstand die Produktion von Traktor, Motoren, Getrieben, Hinterachsen sowie die Produktion von Verteilergetrieben. Zudem das Gußwerk, der Werkzeugbau, die Modelltischlerei, die Kunststoff-Fertigung sowie diverse Hilfsbetriebe und Verwaltungseinheiten.
Nachdem die geplante Kooperation auf dem Traktorsektor mit KHD nicht zustande gekommen ist, verbleibt die Traktorproduktion in Form der von manchen so sehr gewünschten österreichischen Lösung in unserer Hand. Bedauerlicherweise meinen nun viele, darunter auch jene, die nach der österreichischen Lösung gerufen haben, daß der Traktor in dieser Form nicht überleben kann, daß das Gußwerk ein Verlustbringer sei und daß Werkzeugbau, Modelltischlerei, Kunststoff-Fertigung, Verwaltungseinheiten ua. im Zuge von Restrukturierungsmaßnahmen neu geordnet werden müßten.

Tatsächlich ist große Besorgnis angebracht, wenn man sich mit der Zukunft von Steyr-Neu, dies ist der Arbeitstitel, den der Vorstand für den Rest von Steyr erfunden hat, befaßt. Durch die Schaffung einer eigenen Lkw-Firma und die Ausgliederung der Steyr-Landmaschinen-Gesellschaft werden viele Fäden des einstmals gemeinsamen Unternehmens zerschnitten oder zerrissen. Manche wichtige Abteilungen können für sich allein nicht existierén oder werden nicht mehr gebraucht und sind daher von einer Schließung bedroht. Aus diesem Grund hat Zentralbetriebsratsvorsitzender Leithenmayr bei der Aufsichtsratssitzung für den Bereich Steyr-Neu einen Wirtschaftsplan gefordert und darauf hingewiesen,daß nicht kurzfristig und aus bilanzpolitischen Gründen wertvolle Ansätze für eine neue wirtschaftliche Entwicklung vernichtet oder wegrationalisiert werden dürfen. Namhafte Kapitalvertreter im Steyrer Aufsichtsrat, wie Siemens-Generaldirektor Dr. Wolfsberger und auch der Aufsichtsratsvorsitzende Generaldirektor Schmidt-Chiari, haben sich dieser Forderung angeschlossen und den Vorstand beauftragt, einen solchen Wirtschaftsplan zu erstellen. Über diese Forderung nach einem Wirtschaftsplan hinaus, hat Leithenmayr den Aufsichtsratsvorsitzenden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß für den Bereich Steyr-Neu ein geeigneter Topmanager gesucht und eingestellt wird. Nur wenn es gelingt, neben der Absicherung des Lkw-Bereiches auch im verbleibenden Bereich neue Ansatzpunkte, eine neue Wirtschaftsdynamik und neue Impulse zum Durchbruch zu bringen, wird es möglich sein, dem Standort Steyr tatsächlich den Weiterbestand abzusichern. Dieser Aufgabe werden wir uns trotz aller Diskussionen und Turbulenzen der letzten Tage mit ganzer Kraft widmen."
Ich wollte Ihnen dieses, glaube ich, sehr wichtige Schreiben zur Kenntnis bringen und darf sagen, daß wir selbstverständlich als Stadt auch weiterhin alle Möglichkeiten ausschöpfen werden, um die Sicherung dieses Unternehmens, das ja nicht nur für die Stadt, sondern für die Region sehr wichtig ist, zu gewährleisten.
Ich habe mir deswegen auch erlaubt, an den Generaldirektor von MAN Dipl. Ing. Lochte ein Schreiben zu richten, und zwar vorige Woche, worin ich ihn um eine persönliche Aussprache ersucht habe. Diese Aussprache wird, so hoffe ich, in den nächsten Wochen stattfinden. Ich habe noch keine Antwort auf mein Schreiben, hoffe aber, daß diese in der nächsten Zeit stattfinden wird. Ich hätte vor, daß bei dieser ersten Aussprache das Präsidium teilnimmt, wo wir aus erster Hand über die Absichten seitens der neuen Firma Informationen erhalten. Ich werde diese Informationen selbstverständlich umgehend an den Gemeinderat weiterleiten und weitergeben.
Soweit meine Mitteilungen und ich bitte um Kenntnisnahme.
Zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates darf ich Ihnen mitteilen, daß die Unterlagen so wie bisher zu den Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurden. Eine listenmäßige Aufstellung liegt der Einladung bei.
Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und ich ersuche Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich übernehme den Vorsitz und bitte unseren Bürgermeister um den Vortrag seiner Tagesordnungspunke.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen einige unterschiedliche Anträge vorzutragen. Die ersten 3 behandeln Ehrungen für verdiente Steyrer.
Der erste Antrag betrifft die Verleihung der Ehrenmedaille an Herrn Oberstudienrat. Prof. Friedrich Mayr. Ich möchte darauf hinweisen, daß jedem Antrag ein ausführlicher Amtsbericht beigegeben ist und ich glaube, ich kann mir daher die Verlesung dieser 3 Anträge ersparen.

1) Präs-268/89
Oberstudienrat Prof. Friedrich Mayr; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr in Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Verleihu g der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, K-4985/70, GR-Beschluß vom 17. 2. 1972, wird Herrn Oberstudienrat Prof. Friedrich MAYR in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr für sein erfolgreiches und beispielgebendes Wirken als Lehrer an Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen. Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten:
"Die Verleihung der Ehrenemdaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr im besonderen als langjähriger Lehrer für Gestaltendes Metallhandwerk an der Höheren Technischen Bundeslehranstalt in Steyr und damit als Förderer und Träger der traditionsreichen Stahlschnittkunst, als Künstler auf diesem Gebiet und in der Sparte der Briefmarkenkunst."

2) Präs-577/89
Bezirksfeuerwehrkommandant Gottfried Wallergraber; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr im Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zl. K-4985/70, GR-Beschluß vom 17. 2. 1972, wird Herrn Bezirksfeuerwehrkommandant Gottfried Wallergraber in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein beispielhaftes Wirken als Feuerwehrmann im Dienste der Allgemeinheit, die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen.
Die Eintragung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung der Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen als langjähriges Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr, als Zugskommandant des Löschzuges I (Steyr-Stadt) und vor allem für das ausgezeichnete Wirken als Bezirksfeuerwehrkommandant seit über 16 Jahren, für seine Sorge um die entsprechende Ausbildung des Nachwuchses sowie für sein Bemühen um die Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr."

3) Präs-696/89
Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Dr. Friedrich Grohs.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr in Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zahl K-4985/70, Gemeinderatsbeschluß vom 17. 2. 1972, wird Herrn Dr. Friedrich Grohs in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein erfolgreiches Wirken hinsichtlich internationaler Beziehungen und auf dem sozialen Gebiet die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen.
Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten:
"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein erfolgreiches Wirken hinsichtlich internationaler Beziehungen und auf sozialem Gebiet."

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Sie haben die Ausführungen unseres Herrn Bürgermeisters gehört. Gibt es zu diesen insgesamt 3 Anträgen, betreffend die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, eine Wortmeldung? Gibt es eine gegenteilige Auffassung oder eine Stimm-

enthaltung? Das ist nicht der Fall, ich darf daher feststellen, daß alle 3 Anträge einstimmig beschlossen wurden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Zur Information möchte ich noch darauf hinweisen, es wurde seitens der Post- und Telegrafendirektion vorgebracht, aber auch seitens einiger Organisationen, auch Herrn Ministerialrat a. D. Dr. Becker, der sich große Verdienste um die Bekanntmachung von Steyr durch die Herausgabe von Briefmarken erworben hat, zu verleihen. Dieser Antrag wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung behandelt werden.
Meine Damen und Herren, im nächsten Antrag geht es um die Förderung der 2. Ausbaustufe des BMW-Steyr-Motorenwerks von 1.000 auf 1.800 Arbeitsplätze. Ich glaube, ich brauche auf die Bedeutung des Steyrer BMW-Motorenwerkes in diesem Kreis nicht besonders hinzuweisen. Es handelt sich um einen Antrag, der bereits jährlich sich wiederholt hat und es hat immer sehr umfassende Diskussionen gegeben. Ich möchte darauf hinweisen, daß es gelungen ist, in Verhandlungen mit der Geschäftsführung die seinerzeitige Förderzusage dahingehend abzuändern, daß die Summe von S 23, 461.872,- nicht in zwei gleichen, sondern in 4 gleichen Jahresraten, beginnend mit 1990, auszuzahlen ist und daß dadurch für die Stadt ein wesentlich besserer Spielraum für andere Bereiche verbleibt und daß es sicherlich eine Verbesserung der Förderung im Sinne unserer Stadt ist.
Ich möchte mir auch hier die Verlesung des Amtsberichtes, der ja jedem vorliegt und der umfassend ausgestaltet ist und die Gesamtförderung beinhaltet, ersparen. Ich darf aber den Antrag verlesen.

4) Präs-486/78
Förderung der II. Ausbaustufe von 1.000 auf 1.800 Arbeitsplätze des BMW-Steyr-Motorenwerkes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 19. 6. 1989 wird der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 14. 4. 1983, betreffend die II. Ausbaustufe des BMW-Steyr-Motorenwrerkes, von 1.000 auf 1.800 Arbeitsplätze sowie der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 18. 9. 1986, betreffend eine Förderung des weiteren Ausbaues der BMW-Motoren-GesmbH hinsichtlich der III. Ausbauphase wie folgt abgeändert:
Die vorgesehene Rückvergütung der Lohnsummensteuer für 2 Jahre nach dem ersten vollen Betriebsjahr, d. h. Projektsvollendung 1986, Berechnungsjahr 1987, zahlbar 1988 und 1989, wird dahingehend abgeändert, daß diese Rückvergütung der Lohnsummensteuer für 2 Jahre in 4 gleichen Halbjahresraten in den Jahren 1989, 1990, 1991 und 1992 auf Basis des Betriebsjahres 1988 erfolgt. Die mit Beschluß des Gemeinderates vom 18. 9. 1986 für die Jahre 1990, 1991 und 1992 vorgesehene Rückvergütung der Lohnsummensteuer für die III. Ausbauphase, die inkl. der für die 3. Ausbaustufe nicht eingehobenen Anschlußgebühren den Betrag von S 22 Mill. nicht übersteigen darf, erfolgt erst in den Jahren 1993, 1994 und 1995 zu gleichen Teilen
Zur Bezahlung der für das Jahr 1989 zu leistenden Rückvergütung in Höhe von S 5,865.468,- wird ein Betrag von
S 5,250.000,-- (fünf Millionen zweihundertfünfzigtausend)
bei VSt 5/7820/776020.3 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 615.500,- (sechshundertfünfzehntausendfünfhundert)
bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Sie haben den Antrag gehört. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe ja bereits mehrmals die grundsätzliche positive Stellungnahme für die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion im Hinblick auf die Förderungsmaßnahmen seitens der Stadt an die BMW-Motorenwerke zum Ausdruck gebracht. Zuletzt bei der Finanz- und Rechtsausschußsitzung am Dienstag dieser Woche. Über Details könnte man natürlich diskutieren. Jedenfalls, meine Damen und Herren, hat sich die seinerzeitige Begründung unserer ursprünglichen Zustimmung insoferne bewahrheitet und bestätigt, daß 2.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden, daß sich mehrere Betriebe aufgrund der Tatsache, daß die BMW-Motorenwerke hier in Steyr sich situiert haben, niedergelassen haben, weil sie Zulieferfirmen sind und weil BMW selbst einem ständigen internen Umstrukturierungsprozeß zugrunde liegt, was bedeutet, daß auch in baulicher Hinsicht Arbeitsplätze geschaffen wurden und auch weiterhin benötigt werden. Weil nicht zuletzt, meine Damen und Herren, die Belegschaft, die Beschäftigten dieses Betriebes, einen bedeutenden Faktor in der Wirtschaft der Stadt Steyr und der Region darstellen und diese beleben.
Ich werde daher diesem Antrag die Zustimmung geben, selbstverständlich im Wissen, daß das gesamte Förderungsmaßnahmenpaket eine bedeutende Belastung für das Budget der Stadt Steyr darstellt, daß aber andererseits die positiven Begleitumstände von großer Bedeutung sind. Ich habe einige aufgezählt. Vor allen Dingen die Schaffung von Arbeitsplätzen hat ja im Hinblick auf die Probleme in den Steyr-Werken besondere Bedeutung.
Nochmals, ich gebe diesem Antrag die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich danke Kollegen Eichhübl. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Sehr verehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Mein Vorredner hat schon darauf hingewiesen, daß es vor zwei Tagen im Finanz- und Rechtsausschuß eine längere Debatte, ich kann ruhig sagen eine hitzige Debatte, gegeben hat, die ich nicht boswillig vom Zaun gebrochen habe. Es erscheint mir halt sehr wichtig, bei einer so großen Entscheidung, wie sie heute getroffen wird, doch einiges in Erinnerung zu rufen.
Die von Bürgermeister Schwarz nun beantragte Abänderung - es ist ja nur eine Abänderung - der Gemeinderatsbeschlüsse, betreffend der Förderung der 2. und 3. Ausbauphase der BMW-Motoren-Gesellschaft, daß die Rückvergütung der Lohnsummensteuer für zwei Jahre in Raten - das war vorgesehen - in 4 gleichen Halbjahresraten erfolgt, ändert nichts an der schweren Belastung der ohnedies angespannten Finanzlage unserer Stadt. Es bleibt auch die Tatsache bestehen, daß der Punkt 4 des Förderungspaketes, nämlich der Klausel im Förderungsvertrag von BMW bis heute nicht entsprochen bzw. diese nicht erfüllt wurde. In diesem Punkt des Förderungsübereinkommens bindet der Gemeinderat, das sind Sie, eindeutig die BMW-Förderung an Beschäftigte aus der Stadt Steyr. Seit 6 Jahren steht im Gemeinderatsbeschluß, die BMW-Förderung einzustellen, wenn nicht mindestens 60 Prozent Steyrer beschäftigt werden. Das haben Sie beschlossen. Mit anderen Worten ausgedrückt, die mehr als 100 Millionen Schilling fließen nur dann an BMW, wenn im Motorenwerk der Anteil der Arbeiter und Angestellten, die ihren ordentlichen Wohnsitz in der Stadt Steyr haben, auf mindestens 60 Prozent erhöht wird.

Noch vor 6 Jahren - es war genau im März 1983 - vertrat unser Bürgermeister Schwarz den vollkommen richtigen Standpunkt, den ich wörtlich zitiere: "Sollte BMW mehr Nicht-Steyrer beschäftigen, dann wird die Stadt Steyr die restlichen Finanzmittel zurückhalten und nicht ausbezahlen, die wir heute beantragen. Im November, also einige Monate später im gleichen Jahr, erklärte der damalige Bürgermeister Franz Weiss, ebenfalls in der Gemeinderatsitzung, daß die Förderung durch die Stadt ausschließlich aus der Überlegung beschlossen wurde, Arbeitsplätze" - das hat er unterstrichen - "für Steyrer zu schaffen. Die im 2. Förderungspakt zugesicherten Finanzstützen für BMW werden nur dann realisiert, so meinte er damals, wenn eine Beschäftigungsquote von 60 Prozent der in Steyr wohnhaften Mitarbeiter erreicht wird."
Das sind zwei sehr wesentliche Persönlichkeiten unserer Stadt und auch des Gemeinderates, die auch einen wesentlichen Anteil hatten beim Zustandekommen dieses Vertrags und auch daß BMW nach Steyr gekommen ist, das möchte ich dazusagen.
Die KPÖ-Fraktion vertritt nicht nur immer schon einen anderen Standpunkt und ich vertrete daher auch heute einen anderen Standpunkt, und ich meine auch, daß das der richtige Standpunkt sei, daß die beantragten 5,8 Millionen als erste Teilzahlung von insgesamt 23,4 Millionen nicht gewährt bzw. ausbezahlt werden dürfen. Schon durch die Zerschlagung des Steyr-Daimler-Puch-Konzerns - Bürgermeister Schwarz ging sehr ausführlich darauf ein in seinen Mitteilungen an den Gemeinderat. Leider muß ich dazusagen, die Arbeiter und Angestellten, die jahrzehntelang ihre Arbeitskraft der Steyr-Daimler-Puch gegeben haben, kennen diese Information bis heute nicht, obwohl sie mit dem Werk an MAN verkauft wurden. Nun bitte wieder zurück. Durch diese Zerschlagung des entscheidenden Betriebes in unserer Stadt und der damit verbundenen Vernichtung von Arbeitsplätzen von 3.000 bis 4.000 seit 1980 und wie man auch schon gehört hat, weitere 400 bis 500 sollen durch den Verkauf der Lkw-Produktion an MAN folgen, hat natürlich das BMW-Motorenwerk in Steyr mit der neuesten Technologie eine nicht unwesentliche wirtschaftliche sowie arbeitsmarktpolitische Bedeutung. Bis zum Jahre 1990 wird insgesamt in diesem Betrieb ein Investitionsvolumen von 10 Milliarden Schilling und ein Beschäftigungsstand von 2.000 erreicht sein. Zwar ist heute es gängige Praxis, daß arbeitsplatzschaffende Investitionen gefördert und subventioniert werden, im Fall BMW übersteigt aber diese Förderung mit rund 2,2 Milliarden Schilling oder 22 Prozent der Gesamtinvestitionssumme eindeutig die Grenzen der Verantwortbarkeit. Weil somit jeder einzelne Arbeitsplatz mit über 1 Million Schilling subventioniert wird.
Überdies muß auch dazu festgestellt werden, daß die Wirtschaftsförderung eigentlich nicht in das kommunale Aufgabengebiet fällt. Das stelle nicht nur ich fest, sondern unser Vizebürgermeister Wippersberger als Finanzreferent betont das fast immer wieder bei der Vorlegung seines Haushaltsvoranschlages. Läßt man sich aber trotzdem zu stark darauf ein auf solche Förderungen, dann hat das natürlich für eine Gemeinde schwerwiegende Folgen, wie sich das am Beispiel in unserer Stadt deutlich dokumentiert. Im Endausbau wird die kommunale Förderung der Stadt für BMW rund 105 Millionen Schilling betragen. Das ist auch wieder ungefähr rund ein Viertel des heutigen Schuldenstandes der Stadt Steyr. Hier zeigen sich deutlich die Grenzen einer Förderungspolitik, die in letzter Konsequenz von der Bevölkerung, von der Masse, von den Arbeitern und Angestellten, bezahlt werden müssen. Weiters zeigt sich, daß diese kostspielige Förderungspolitik, die seitens der Sozialisten hier im Rathaus, der ÖVP und auch der FPÖ getragen wird, von jenen Parteien also, die sich gegenüber den Belangen der Bevölkerung und der heimischen Wirtschaft äußerst zugeknöpft zeigen und sie mit eher klein geratenen Förderungsleistungen abspeist. Ein zusätzliches Problem ist auch die Frage bei solchen Förderungen der Sicherheit. Es gibt keine langfristige Absicherung der geför-

derten Beschäftigungsziele. 1990 sollen wie gesagt 2.000 Arbeiter und Angestellte bei BMW Arbeit finden. Was aber, meine Damen und Herren, ist danach? Wer garantiert, daß es nicht so kommt wie in vielen Fällen, wo ausländische Großunternehmer und Konzerne großzügige Förderungen aus österreichischen Steuergeldern einstreifen und schließlich Produktionen aufgaben oder auch verlegten nach ihrem Gutdünken. In allen diesen Fällen bleiben wirtschaftlich schwer angeschlagene Subventionsgeber und ein ganz schönes Heer von Arbeitslosen zurück. Nach Auffassung der KPÖ muß eine Förderungspolitik so gestaltet sein, daß vertretbare Mittel vor allem heimischen Investoren zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zugute kommen, wenn für einen sinnvollen Einsatz der Förderungsmittel natürlich auch langfristige Garantien gegeben werden. Wenn also die KPÖ aus den aufgezeigten Gründen gegen die Übertreibungen in der Förderungspolitik gegenüber dem BMW-Konzern immer wieder auftritt, dann muß darüberhinaus auch gesagt werden, daß hier die öffentliche Hand mit ihren schwer belasteten Haushalten einen der reichsten Fahrzeugkonzerne subventioniert, welcher, wie Sie ja selbst wissen, Milliarden Schilling Gewinne macht seit dem Jahre 1984. Das höre ja nicht nur ich, sondern Sie alle, das wird Jahr für Jahr von den BMW-Managern in aller Öffentlichkeit erklärt und wird auch der Gemeinde schriftlich zur Kenntnis gebracht. Für BMW waren die Jahre 1984, 1985 usw. die besten Jahre in der Geschichte des Unternehmens. Ich kann Ihnen heute schon sagen, das laufende Geschäftsjahr 1989 wird eine weitere enorme Profitsteigerung für BMW bringen. Die BMW-AG München konnte bereits im ersten Halbjahr den Gewinn um 14,4 Prozent auf 199 Millionen DM, das sind umgerechnet rund 1.000 400 Millionen Schilling, und den Umsatz um 18,8 Prozent auf 10,96 Milliarden DM, das sind wiederum umgerechnet mehr als 76 Milliarden, steigern. Aufgrund dieser ausgezeichneten Gewinnlage sowie der Nichterfüllung des 60 %igen Steyr-Belegschaftsanteiles ist es nach meiner Meinung mehr als gerecht, wenn die Stadt Steyr von BMW den Verzicht auf eine weitere Stadtförderung verlangt. Aufgrund der von mir aufgezeigten Sach- und Rechtslage wird die von der SPÖ, der ÖVP, und - nach der Rede von Kollegen Eichhübl - nun auch von der FPÖ beantragte Barsubvention in Form von Vergütung der Lohnsummensteuer in Höhe von insgesamt 39,4 Millionen Schilling von der KPÖ selbstverständlich abgelehnt. Wenn Sie heute zustimmen, dann stimmen Sie nicht nur zu für die Freigabe von 5,8 Millionen Schilling, sondern damit ist die Klausel mit verbunden, daß sie in der 2. Förderungsphase - im Antrag verbunden - fördern mit 23,4 und in der 3. Förderungsphase ist auch schon inkludiert mit 16 Millionen Schilling. Also insgesamt werden Sie, wenn Sie die Hand dafür heben, 39,4 Millionen ausgeben, die in der Stadtkasse gar nicht zur Vergügung stehen, weil unsere Stadt mit 340 Millionen verschuldet ist.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich danke Kollegen Treml. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, ich darf daher Kollegen Holub bitten um die Vorsitzübernahme, da ich als Fraktionsführer einige Worte dazusagen möchte.

VIZEBÜRGERMEISTER KALR HOLUB:
Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Wippersberger um seine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Mir geht es darum, die Angelegenheit BMW-Förderung doch in das rechte Licht zu rücken. Die 60 Prozent-Klausel, die wir damals in der Absichtserklärung eingebaut haben, die ist hier im Gemeinderat damals beschlossen worden, das ist richtig. Ich muß nur feststellen, BMW hat diesbezüglich nie einen Vertrag mit uns unterschrieben. Bei diesen Vertragsabwicklungen war nicht nur die Stadt Steyr, es waren auch der Bund und das Land mit eingeschaltet. Es bezahlt das Land nach wie vor

die Förderung im seinerzeit vereinbarten Ausmaß und auch der Bund.
Ich darf sagen, es stimmt nicht ganz, wir haben 1 Jahr lang überhaupt keine Förderung bezahlt. Im Hinblick auf unsere schwierige Finanzlage haben wir z. B. 1986 die Förderung ausgesetzt und nichts bezahlt und wir haben in Anbetracht der schwierigen Finanzlage auch wieder Gespräche mit BMW geführt und konnten erreichen, daß die Lohnsummensteuer - das ist schon erwähnt worden - nicht in 2 Jahresraten, sondern aufgeteilt auf 4 Jahresraten bezahlt wird. Wir werden, wenn die Finanzlage weiterhin negativ verläuft für unsere Stadt - heuer hatten wir ja ein wenig Glück - sicher mit BMW weitere Gespräche führen und vielleicht gelingt es uns, daß wir auch bei BMW weitere Ermäßigungen bekommen können.
Recht hast Du sicherlich wenn Du sagst, Wirtschaftsförderung ist keine Aufgabe der Gemeinde, aber wir müssen das machen,zur Sicherung der Arbeitsplätze ist das eine Notwendigkeit.
Und jetzt konkret dazu. BMW beschäftigt jetzt bereits etwas mehr als 2.000 Leute, das ist mir mitgeteilt worden von zuständiger Stelle - es sind ungefähr 2.040 oder 2.045, die derzeit dort beschäftigt sind. Man muß bei dieser Rechnung auch dazusagen, die Firma VTS mit etwa 250 Beschäftigten ist auch nur hergekommen, weil BMW hergekommen ist. Es geht also insgesamt um 2.300 bis 2.400 Arbeitsplätze .....

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Es sind sogar 2.500. Bei BMW sind es 1.900.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich weiß aus verläßlicher Quelle, daß es über 2.000 sind. Aber bitte streiten wir uns nicht wegen 100 herum, Tatsache ist, daß mindestens 2.300 oder 2.400 Arbeitsplätze dadurch entstanden sind in diesem Zeitraum im Zusammenhang mit BMW. Jetzt stellt sich die Frage, was wäre, wenn BMW nicht sich hier angesiedelt hätte, wenn sich die Stadt nicht so bemüht hätte damals unter Bürgermeister Franz Weiss, daß BMW nach Steyr kommt? Wir hätten halt um fast 2.500 mehr Arbeitslose. Wenn ich denke, daß wir derzeit in Steyr mit unserer Arbeitslosenrate von mehr als 5 Prozent bereits weitaus an der Spitze in Oberösterreich liegen, auch weit über dem österreichischen Durchschnitt. Wenn das auch noch wäre, wäre Steyr ein Armenhaus geworden.
Jetzt zu den Leistungen der Stadt an BMW. Wir haben als Stadt an BMW bisher Förderungen im Gesamtausmaß von 58,506.780 Schilling geleistet. BMW hat bisher an die Stadt Steuerleistungen,und zwar Lohnsummensteuer, Gewerbesteuer, Getränkesteuer und Grundsteuer im Ausmaß von 61,684.000 Schilling geleistet. Also 3,2 Millionen Schilling hat die Stadt bisher mehr eingenommen aus der Tatsache, daß sich BMW hier angesiedelt hat, als sie an BMW geleistet hat. Jetzt rechnen wir noch dazu die Umwegrentablität. Diese Leute, die hier beschäftigt sind, diese sagen wir 2.400 Leute, die Kaufkraft, die dadurch in der Stadt doch zum wesentlichen Teil geblieben ist, das sind weitere große Beträge von vielen Millionen Schillingen. Ganz abgesehen vom menschlichen Leid, dem Elend, das wäre, wenn diese Firma nicht da wäre, und diese Menschen alle arbeitslos wären. Auch das sei bemerkt.
Ich möchte abschließend nochmals feststellen, die Stadt Steyr hat in der zweiten Hälfte der 70iger Jahre sehr klar erkannt, daß aufgrund neuer Technologien in unserem Großbetrieb, den Steyr-Werken, die Arbeitsplätze in dieser Anzahl nicht mehr zu halten sein werden und hat sich eben bemüht, dafür Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Wir haben sie allerdings nicht in diesem Ausmaß schaffen können, als es wünschenswert wäre. Aber trotzdem, BMW und die Zulieferfirma Dräxlmair zusammen ergeben fast 2.500 Arbeitsplätze, die geschaffen wurden. Ich glaube, das ist eine sehr große Leistung der Stadt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Nachdem die Wortmeldung damit beendet ist, ist auch meine Vorsitzführung beendet und ich kann den Vorsitz zurückgeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich übernehme wieder den Vorsitz und bitte Kollegen Holub um seine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Die Wortmeldung, liebe Kolleginnen und Kollegen, erfolgt deshalb, damit es nicht heißen kann, daß die ÖVP zu diesem wichtigen Thema nichts gesagt hätte, obwohl an sich alles klar ist. Die Positionen sind seit vielen Jahren feststehend, die 60 Prozent-"Klausel", die wird seit vielen Jahren von einem Mitglied des Gemeinderates kritisiert. Die ursprüngliche Beschlußfassung ist schon unter dem Einwand meiner Freunde aus meiner Partei gekommen, daß diese 60 Prozent wahrscheinlich keine realistische Größe darstellen können, weil das Unternehmen - so haben wir das seinerzeit eingewandt - sicherlich nicht in der Lage sein wird, diesen Wunsch zu erfüllen. Die Realität hat diesen Einwand bestätigt. Ich sehe aber aus der Schadenfreude, die man haben könnte, daß man recht gehabt hat, daß sich jemand anderer geirrt hat, nicht den geringsten Anlaß dazu, daß man diese für unsere Strukturen wichtige Förderung in Zweifel zieht. Ich sehe auch keinen Anlaß dazu, daß man sich Sorgen darüber macht, daß hier Mittel vergeudet wurden. Ich sehe keinen Anlaß dazu zu bezweifeln, daß auch durch diese städtischen Mittel, die ja, wie schon erwähnt, Bestandteil eines Gesamtpaketes waren, ein Beitrag geleistet wurde, daß diese Region ihr Selbstbewußtsein nicht ganz verliert liebe Freunde. Gerade die Zeiten wie diese Wochen, die letzten 3 Wochen, bringen uns doch sehr stark in die Verlegenheit zu bezweifeln, ob wir noch Recht zum Eigenstolz haben , wenn der Name unter Umständen verschwindet. BMW Steyr trägt diesen Namen in die weite Welt hinaus und es ist völlig unerheblich, ob die kommunistische Partei mit der Förderung einverstanden ist oder nicht, das einzige für unsere Region ausschlaggebende ist die Tatsache, daß das Unternehmen floriert, weil daraus alles andere, was Kollege Wippersberger abgeleitet hat mit der Umwegrentabilität, mit der Absicherung des sozialen Standards unserer Mitbevölkerung, alles damit Hand in Hand geht. Ich könnte mir nicht vorstellen, daß es Aufgabe der kommunistischen Partei ist, durch Versagung von Förderungen eine Werksansiedlung zu verhindern und damit Bevölkerung in Armut zu stürzen.
Die ÖVP sagt zu dieser Förderung ein deutliches Ja.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich danke Kollegen Holub. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister!
Ich habe mich deshalb ein zweites Mal zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet, um mir einen späteren Vorwurf zu ersparen, daß ich nicht auf die 60 Prozent-Klausel eingegangen bin. Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, daß diese 60 Prozent-Klausel, also 60 Prozent der Arbeitnehmer des BMW-Motorenwerkes sollen aus der Stadt Steyr kommen, durchaus ein berechtigter und gerechtfertigter Wunsch seitens der Stadt ist im Bezug auf die gegebenen Förderungsmaßnahmen, Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich glaube wir sind doch inzwischen alle miteinander daraufgekommen, daß diese 60 Prozent-Klausel nicht immer erfüllbar ist, auch bei bestem Willen nicht, denn es hängt doch ein Arbeitsplatz nicht davon ab, wo der Betreffende wohnt, sondern diese Bewerbung hängt doch in erster Linie von der Qualifikation ab. Soweit ich das beurteilen und überprüfen konnte, sind die Verantwortlichen der BMW-Werke durchaus bereit, diesem Ansuchen und Ansinnen der Stadt weitgehendst entgegenzukommen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Danke. Kollege Treml hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werte Kolleginnen und Kollegen, es wird immer wieder in der Debatte so hingestellt, als wenn ich die Stadtoberhäupter zitiere in einer bestimmten Frage, daß dann andere Gemeinderatsmitglieder oder Vizebürgermeister es für notwendig halten zu sagen, das steht gar nicht im Vertrag. Ja warum haben denn Bürgermeister Schwarz und der ehemalige Bürgermeister Weiss besonders auf diesen Passus hingewiesen? Das ist nicht die 1-Mann-Fraktion KPÖ und der Treml. Und der Treml hat diesen Vertrag auch gar nicht mitgetragen, sondern es war ein mehrheitlicher Beschluß. Zur Aufklärung möchte ich doch sagen, daß im März 1983 die deutsche Leitung des BMW-Werkes neuerlich an die Stadt Steyr herangetreten ist, es wurde mitgeteilt, daß die Beschäftigtenzahl von 1.000 auf 1.800 erhöht wird, und daß sie zusätzliche Förderungsmaßnahmen möchten. Der Gemeinderatsbeschluß ist dem nachgekommen aus den bestimmten Gründen, sicher nicht leichtfertig, sondern unter dem Druck dieses Unternehmens. Ich mache Euch da gar keinen Vorwurf, daß Ihr das gerne gemacht habt. Wer gibt schon gerne so viele Millionen her? So beschloß der Gemeinderat mehrheitlich am 14. April 1983 die Förderung im Ausmaß von 34 Millionen für die 2. Ausbauphase. Da heißt es genau drinnen: 1. Vergütung der Lohnsummensteuer für 2 Jahre nach dem ersten vollen Betriebsjahr. Gut, wir haben das nicht bezahlt, hat Vizebürgermeister Wippersberger jetzt gesagt. Wir haben ausgesetzt mit dem Zahlen und zwar 1 Jahr, dann haben sie das schon wieder eingefordert, nämlich das war gleich im Jänner. Wir hätten sie auszahlen sollen im Dezember und im Jänner wurde sie verlangt. Ihr müßt nur bei der Budgetdebatte ein wenig besser aufpassen, dann merkt man, wie das läuft. Aus diesem Titel beträgt die Förderung mindestens - das ist auch drinnen, das hat BMW verlangt - mindestens 16 Millionen, weil damals hat man noch gar nicht wissen können, wieviel Lohnsummensteuer das ausmachen wird, was wir zahlen müssen im ersten vollen Betriebsjahr. Das ist sehr geschickt, wie man einen Vertrag macht, daß man zu mehr Geld kommt. 2. Die Stadt verpflichtet sich, bei Errichtung von 1.800 Arbeitsplätzen die Gebühr für Wasserleitung und Kanalanschluß in der Höhe von 13 Millionen Schilling zu erlassen. Das steht nirgends. Das haben wir erlassen, das zahlen wir gar nicht mehr aus. Aber jeder andere Bürger müßte ja dafür bezahlen. 3. Die Stadt Steyr gibt für das Jahr 1986/87 eine weitere Barsubvention von je 2,5 Millionen Schilling, also zusammen die 5 Millionen Schilling, die wir auch schon bezahlt haben. Und dann heißt es 4. Die Stadt Steyr bindet ihre Förderungszusage über 34 Millionen Schilling an die Bedingung, daß im Vollausbau des Werkes mit 1.800 Beschäftigten mindestens 60 Prozent davon ihren ordentlichen Wohnsitz in Steyr haben. Diesen Vertrag habe ich nicht ausgehandelt und auch nicht sanktioniert. So sind eben die Fakten. Aber wenn nun bei den Wortmeldungen deutlich herausgekommen ist, daß es auf jeden Fall notwendig ist - ein so reicher Unternehmer hätte das gar nicht notwendig - diese Förderung zuzugestehen, dann bin ich der Auffassung, daß diese großen Befürworter auch einmal ganz großzügig sind und sagen, mir genügen 50 Prozent meiner Politikerbezüge und der Rest von 50 Prozent würde das ausmachen, daß man BMW diese Förderung weiter bezahlt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung?
Ich möchte nur einen Satz sagen. Bei meinen Ausführungen - Kollege Treml hat mich mißverstanden - wo ich die Summe genannt habe von 58,506.780 Schilling, die die Stadt bisher geleistet hat an BMW, sind die gesamten Aufschließungsmaßnahmen und auch die Anschlußgebühren mit eingebunden. Ich habe die Unterlagen da, Du kannst jederzeit einsehen. Alles ist mit eingeschlossen.

Kollege Holub hat sich auch ein zweites Mal gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ja, ich bin auch noch eine zweite Wortmeldung schuldig, weil es da so Brauch zu sein scheint.
Kollege Treml, ich spreche Dir absolut die Ernsthaftigkeit ab. Der Gag mit den 50 Prozent Politikerbezügen, müßte selbst Dir als Kopfrechner klar sein, daß das außer warme Luft überhaupt nichts war. Es müßte Dir eigentlich auch völlig klar sein, ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:
1996, wenn ich auf 5 Millionen verzichte - rund 10 Millionen geben wir im Jahr aus - Du bist ja ein Banker, Du kannst Dir das ausrechnen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ja, eben deshalb.
Die Sache mit der Infragestellung einer Förderung für dieses reiche Unternehmen ist so eine Spiegelfechterei, als ob Steyr die einzige Stadt auf Gottes Erde wäre, die sich bemüht hat, das Werk hierher zu bringen. Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, lieber Kollege Treml, ich weiß, daß jeder Appell vergeblich ist, weil in diesem Thema bist Du - sonst so bewandert und so gut informiert und so ausgezeichnet beschlagen in kommunalen Vorhaben,-willst du das Band wechseln, ich warte gerne. Du kannst gerne das Band wechseln, es wäre schade darum. Du müßtest eigentlich wissen, daß auf der ganzen Welt sich um gute Unternehmungen die Gemeinden, die Länder und die Städte anstellen, damit Ansiedlungen kommen. Das mag vielleicht verwerflich sein aus Deiner Sicht, aber welcher Verantwortliche in einer Stadt, in einer Region oder in einem Staat könnte denn seinen Bürgern gegenübertreten, wenn er nicht alles dafür getan hätte, was möglich ist, damit Arbeit im Land ist. Die Polemik, die jetzt da entfacht wird, die dient sicherlich nur zur Veröffentlichung in Flugblättern, zur Sache alleine hat sie nichts zu tun und hat auch Gott sei Dank kein Gewicht.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Zagler hat sich zum Wort gemeldet.

GEMEINDERAT DKFM. DIREKTOR HELMUT ZAGLER:
Geschätzte Damen und Herren,ich möchte hier kein volkswirtschaftliches Kolloquium abhalten, obwohl von Dir, Otto, soviel Nonsens in der Sache verzapft worden ist, daß es wirklich notwendig wäre,mit Dir einen Förderunterricht abzuhalten, damit Du auf die richtigen Bahnen kommst. Ich habe ein wenig zu den Journalisten geschaut, während Du gesprochen hast. Ich will die Gesichtsausdrücke nicht wiedergeben, ich habe aber gemerkt, daß keiner mitgeschrieben hat. Ich kann Dir auch erklären, warum keiner mitgeschrieben hat und von uns auch keiner. Diese Sachen die kennen wir herinnen schon alle. Ich glaube, Du hast bei der Planung für die heutige Sitzung einen Fehler gemacht, Du hast geglaubt, da ist der neue Kollege Apfelthaler herinnen, der Deine jahrelangen sterotypen Reden noch nicht so kennt, weil er vielleicht Deine Zeitungen nicht liest ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Das habe ich Dir gesagt, daß der Apfelthaler kommt, das hast Du auch nicht gewußt.

GEMEINDERAT DKFM. DIREKTOR HELMUT ZAGLER:
Otto, es ist schön von Dir, daß Du mir das auch erzählst. Herr Gemeinderat Treml

ich möchte zum Abschluß kommen mit dem Wunsch auf Ende der Debatte. Alle Anwesenden kennen Deine nicht passenden,falschen, unrichtigen Ausführungen wirklich seit Jahren.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung?

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Er hat einen Antrag gestellt auf Ende der Debatte und der muß behandelt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor, ich bitte daher den Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es war zu erwarten, daß sich diese Diskussion heute wieder eröffnet und es ist zu erwarten, daß sie sich immer wieder eröffnet, so lange die Gemeinde bereit ist, etwas für einen Betrieb zu tun, für dessen Hiersein wir alle sehr froh sein müssen. Auch wenn es ein reicher Betrieb ist, das gebe ich ohne weiteres zu, sind wir froh, daß er funktioniert, daß er keine wirtschaftlichen Probleme hat, damit sind nämlich auch die Arbeitsplätze gesichert. Otto, Du hast mich zitiert aus der Sitzung von 1983. Es ist richtig, das habe ich gesagt, es waren aber aufgrund dieses Beschlusses seinerzeit im Anschluß daran viele Gespräche wegen der Einhaltung dieser 60 Prozent mit dem BMW-Werk, das darf ich also sagen. BMW hat uns schlüssig bewiesen, daß es einfach unmöglich ist aufgrund der Struktur, diese 60 Prozent zu erfüllen, das ist dem Betrieb nicht möglich. Sie haben uns aber zugesichert und auch bewiesen bisher, daß sie bemüht sind, so viel aus unserer Stadt aufzunehmen, als irgendwie möglich. Sie kommen uns entgegen, wenn gleichwertige Bewerbungen vorliegen, werden sie einem Steyrer den Vorrang geben bei einer Einstellung.
Das wollte ich dazu sagen.
Das Zweite ist, daß ich Dir recht gebe, wenn Du sagst, Wirtschaftsförderung ist nicht Angelegenheit der Stadt. Ich glaube aber, daß es richtig war, daß die Stadt mitgetan hat bei dieser Förderung, sonst hätten wir diesen Betrieb nicht. Das brauche ich doch nicht immer wiederholen. Wir sind froh, daß BMW da ist, die Stadt hat bevölkerungsmäßig gewonnen, die Abwanderung wäre noch viel größer - ich hoffe, daß sie nicht so groß ist wie momentan in der DDR, da rennen sie ja auch davon, weil sich die Leute dort nicht wohl fühlen .....

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Das ist sehr schwach, wenn man andere Länder zitiert.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Sei mir nicht böse, das ist nicht schwach, aber, Otto, das sind doch Deine Beispiele, wir sollten dort hinschauen, wie es dort ist. Wieso laufen denn zu hunderttausenden die Leute davon, nur weil sie sich nicht wohl fühlen. Die Wirtschaftspolitik bezieht sich nicht nur auf die DDR, sondern auf den ganzen Ostblock, von Rußland begonnen ist überall das Wirtschaftsproblem vorhanden. Wenn wir dieses System hier einführen würden, dann wären wir wahrscheinlich bald eine Stadt, wo keine Leute mehr wohnen. So ist es nämlich und deswegen wollen wir das so machen wie bisher. Das ist meine Meinung. Ich glaube, ich brauche nicht mehr dazu zu sagen, das ist ja direkt ein Witz, wir müßten ja normalerweise, wenn man sehr gläubig wäre, alle Tage beten, daß dieser Betrieb da ist, damit die Leute Arbeit haben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich danke für das Schlußwort, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Stimmenthaltung? Gegenstimmen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (KPÖ, GR Treml) angenommen.
Ich danke unserem Bürgermeister für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geht es darum, einer Erweiterung der Siemens-Computeranlage vom Typ 7530 B auf 7530 D zuzustimmen. Der entsprechende Antrag lautet:

5) GHJ1-92/89
Erweiterung der Siemens-Computeranlage vom Typ 7530 B auf 7530 D.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 13. 6. 1989 werden im Zusammenhang mit der Erweiterung der Siemens-Computeranlage vom Typ 7530 B auf 7530 D folgende Aufträge vergeben:

Fa. Computer Szepanski, Wien, Hochrüstsatz 7530 B auf 7530 D	S 187.500,-
Hauptspeichererweiterung von 4 auf 8 MB	S 105.000,-
	S 292.500,-
+ 20 % MWSt.	S 58.500,-
	S 351.000,--
	==========
Fa. Siemens AG, Bereich Data, Wien:	
Plattenspeicherausbau um 250 MB	S 189.000,--
Betriebssystemsoftwareerweiterungen zu BS 2000	S 115.120,--
	S 304.120,--
+ 20 % MWSt.	S 60.824,--
	S 364.944,--
	==========

Die für den Ankauf der Hardwarekomponenten erforderlichen Mittel werden im Ausmaß von
S 577.800,- (fünfhundertsiebenundsiebzigtausendachthundert)
bei der VSt 5/0160/020000.7 freigegeben.
Der Betrag für die Lizenzgebühr für die Betriebssystemsoftwareerweiterungen wird im Ausmaß von
S 138.200,- (einhundertachtunddreißigtausendzweihundert)
bei der VSt 5/0160/728800.5 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus dem Antrag kann man ja entnehmen den Vorgang zur jetzigen Beantragung. Ich stehe nicht an mich zu bedanken, genau so wenig wie ich anstehe etwas zu kritisieren, wenn es notwendig ist. In diesem Fall ist unter dem Vorsitz von Bürgermeister Schwarz über das Ersuchen aus der damaligen Sitzung vom damaligen Kollegen Pragerstorfer und dann verstärkt auch durch meine Fraktion es ermöglicht worden, daß eine zusätzliche Information zu einem nicht allen transparenten Antragspunkt gegeben wurde. Es hat ein wirklich sehr gutes mehstündiges Arbeitsgespräch zu diesem Thema gegeben, das nicht nur Information,

sondern schlüssige Weiterführung von Programmen gegeben hat. Ich stehe nicht an, mich beim Chef unserer Stadt zu bedanken, daß er diese Vorgangsweise ermöglicht hat. Ich hoffe aber auch gleichzeitig, daß der aufgezeigte Weg nach diesem Gespräch weiter fortgeführt wird, daß man vermehrt die PC-Technik in Vernetzung mit den vorhandenen Anlagen einsetzen wird.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Danke. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich möchte jetzt keineswegs die Diskussion, die im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag dringlich geworden ist, fortführen. Aber ich beziehe mich doch auf die Sitzung vom 29. Juni 1989, in der Herr Bürgermeister Schwarz gemeint hat, daß er auch dafür ist, daß dieser Antrag zurückgestellt wird, wenn aber Gefahr im Verzug ist, eine Bürgermeisterverfügung sozusagen im vorhinein beschlossen wird, aber vorerst selbstverständlich eine Absprache mit den Fraktionsobmännern durchgeführt werden wird. Ich darf dazu feststellen, daß keine Fraktionsobmännerbesprechung stattgefunden hat. Ich erhebe das jetzt nicht so sehr zum Vorwurf, sondern ich hätte mich nur - das traue ich mich auch hier zu sagen - etwas mehr Aufklärung gewünscht, denn in EDV-Bereichen bin ich nicht so sehr bewandert, obwohl wir uns in der Firma auch mit EDV beschäftigen, aber natürlich in einer wesentlich geringeren Dimension. Ich hätte mir sicherlich, nachdem ja heute eine Abstimmung notwendig ist, bei der Zustimmung leichter getan.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, ich bitte den Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Zu dem Hinweis, ich betrachte ihn als solchen, von Kollegen Eichhübl, muß ich sagen, daß ich die Gespräche, die in diesem Arbeitskreis geführt wurden, an sich als ausreichende Information empfunden habe. Ich nehme das zur Kenntnis und darf sagen, daß nicht beabsichtigt war, mehr oder weniger die Fraktionsobmänner dumm sterben zu lassen, sondern nachdem da eine Abklärung zustande gekommen ist und eine Übereinstimmung, habe ich das als erledigt betrachtet. Ich bitte um Verständnis dafür.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es zum vorliegenden Antrag Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, daher einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ
Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, für die weitere Ausbauphase unseres Schloßmuseums, die Phase 2, einen Betrag von S 623.000,-- und einen von S 96.100,- freizugeben. Der Antrag lautet:

6) K-2584/84
Schloßmuseum - Phase 2; Elektroinstallation.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 11. 8. 1989 wird der Auftrag zur Elektroinstallation im Schloßmuseum - Phase 2 an die Fa. Kammerhofer, Steyr, zum Preise von S 719.059,44 brutto übertragen.
Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 623.000,-- (sechshundertdreiundzwanzigtausend)
bei der VSt 5/3600/010290.8 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 96.100,-- (sechsundneunzigtausendeinhundert)
bei der gleichen Voranschlagsstelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Beim nächsten Antrag geht es um ein Ansuchen des Vereines "Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik"; Gewährung einer 2. Teilsubvention im Ausmaß von 1,2 Millionen Schilling für den Umbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben. Der Antrag lautet:

7) Bau2-6446/86
"Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik"; Gewährung einer zweiten Teilsubvention für den Umbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 29. August 1989 wird dem Verein FAZAT, Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik, Pachergasse 2, 4400 Steyr, zweckgebunden für Umbaumaßnahmen am Direktionsgebäude der ehemaligen Hack-Werke eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 1,2 Millionen gewährt, wodurch sich die bisher von der Stadt geleisteten Zahlungen auf S 2,4 Millionen erhöhen.
Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von 1,2 Millionen Schilling bewilligt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Eine Enthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Auch bei meinem letzten Antrag geht es um die Gewährung einer außerordentlichen Subvention für das Jahr 1989 an das FAZAT.

8) Bau2-6446/86
"Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik"; Gewährung einer außerordentlichen Subvention für das Jahr 1989.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 28. August 1989 wird dem Verein FAZAT - Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention für das Jahr 1989 in Höhe von S 140.000,- gewährt.
Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 140.000,-- (einhundertvierzigtausend)
bei der VA-Stelle 5/2890/777000.2 bewilligt.
Die Deckung für diese Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Gibt es gegenteilige Auffassungen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag ist angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter für seinen Vortrag und übergebe wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen insgesamt 6 Anträge zu unterbreiten. Bei meinem ersten Antrag geht es um eine Subventionsansuchen des Vereines Pro mente infirmis. Diesem Verein soll zur Errichtung und Führung des Atrium - Arbeits- und Freizeitkooperative in Steyr, Gleinker Gasse 21, eine einmalige Subvention in der Höhe von S 160.400,- gewährt werden.
Ich bitte um Annahme.

9) SH-267/88
Pro mente infirmis - Atrium Arbeits- und Freizeitkooperative Steyr; Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung V vom 14. 8. 1989 wird dem Verein Pro mente infirmis im Zusammenhang mit der Errichtung und Führung des Atriums, Arbeits- und Freizeitkooperative Steyr, Gleinker Gasse 21, ab einschließlich Mai 1989 zunächst für das laufende Haushaltsjahr für Zwecke der Bedeckung des gesamten Mietaufwandes von 50 Prozent der Betriebskosten und der Anschlußgebühren für elektrischen Strom eine einmalige Subvention im Betrage von S 160.400,- gewährt.
Zu diesem Zweck wird bei der VSt 1/4130/757000.4 eine Kreditüberschreitung im Betrage von
S 160.400,- (einhundertsechzigtausendvierhundert)
bewilligt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Bei meinem zweiten Antrag handelt es sich um die Nahverkehrsförderung. Das Land Oberösterreich gewährt der Stadt zur Förderung des Nahverkehrs einen Betrag von S 360.000,-, übrigens der gleiche Betrag, den wir schon in den letzten Jahren bekommen haben. Dieser Betrag soll an die Stadtwerke zur teilweisen Deckung der Kosten für den Ankauf von Autobussen gegeben werden.

10) Ha-915/88
Mittel der Nahverkehrsförderung; Kostenersatz an die Stadtwerke.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 4. August 1989 wird den Stadtwerken Steyr als Kostenersatz für den Ankauf eines Omnibusses eine Beihilfe in Höhe von S 360.000,- gewährt.
Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 360.000,-- (dreihundertsechzigtausend)
werden bei VSt 1/8790/757000.1 freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gibt es gegenteilige Auffassungen oder Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Der nächste Antrag betrifft das Österreichische Rote Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, und zwar den Personalkostenzuschuß.

11) Ha-5281/89
Österreichisches Rotes Kreuz, Bezirksstelle
Steyr-Stadt; Personalkostenzuschuß.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 4. 9. 1989 wird der Bezirksstelle Steyr-Stadt des Österr. Roten Kreuzes für das Jahr 1989 ein freiwilliger Personalkostenzuschuß in der Höhe von S 300.000,- gewährt.
Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 138.000,-- (einhundertachtunddreißigtausend)
bei der VA-Stelle 1/5300/757000.2 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 162.000,- (einhundertzweiundsechzigtausend)
bei der gleichen Voranschlagstelle bewilligt.
Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch allgemeine Deckungsmittel zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Enthaltungen? Gegenstimmen? Der Antrag ist einstimmig gefaßt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Der nächste Antrag behandelt die Sanierung des Objektes Redtenbachergasse 9, besser bekannt unter der Bezeichnung Schloß Engelsegg. Die Sanierung dieses Objektes hat bekanntlich größere Mittel erfordert als ursprünglich vorgesehen, nämlich 3,176.151,-. Das hiefür gewährte Landesdarlehen wurde aus diesem Grunde von 1,823.000,- auf 2,375.000,- demnach um S 552.000,- erhöht.
Ich bitte auch hier um Zustimmung.

12) GHJ2-4194/85
Aufstockung eines Darlehens des Landes Oberösterreich, Abteilung Wohnbauförderung, für die Sanierung des Objektes Redtenbachergasse 9 "Schloß Engelsegg".
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 22. August 1989 wird der Annahme eines Darlehens in Höhe von S 552.000,- mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einer Verzinsung von 1 § p. a. antizipativ vom Land OÖ. zugestimmt.
Zur Sicherstellung dieses Darlehens samt allen Nebenverbindlichkeiten wird die Einwilligung erteilt, daß auf der Liegenschaft EZ 169, KG Steyr, Bezirksgericht Steyr, ein Pfandrecht zugunsten des Landes OÖ. einverleibt wird.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Auch dazu sehe ich keine Wortmeldung? Gegenstimmen oder Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Bei meinem fünften Antrag geht es um die Getränkesteuer der Firma Tabor-Warenhaus-GesmbH & Co KG.

13) GemIII-4724/88
Ta. Tabor Warenhaus GmbH & Co KG - Getränkesteuer-Nachsicht.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 24. 8. 1988 wird dem Antrag der Fa. Tabor Warenhaus-GmbH & Co KG vom 21. 7. 1988 auf Nachsicht der Getränkesteuer für den Zeitraum von 1982 bis 1987 KEINE FOLGE gegeben. Als Begründung ist der Amtsbericht der Magistratsdirektion vom 24. 8. 1989 heranzuziehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. ist jemand gegen den Antrag?Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Mein letzter Antrag ist ein Antrag des Reinhalteverbandes Steyr und Umgebung.
Es geht dabei um den Rechnungsabschluß 1988, den Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr und eine Akonto-Zahlung für das Finanzjahr 1989.
Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1988 des Reinhalteverbandes Steyr und Umgebung weist Aktiva und Passiva im Gesamtausmaß von 646,694.662,69 aus.

14) Wa-5450/75
RHV Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluß 1988; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr; Akontozahlung für das Finanzjahr 1989.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Rechnungsabschlusses des RHV Steyr und Umgebung für das Jahr 1988 wird der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den RHV Steyr und Umgebung in Höhe von S 14,387.747,- (Investitionskostenanteil S 6,832.528,01, Betriebskostenanteil S 7,555.218,99) zur Kenntnis genommen und der Ausbezahlung des Restbetrages in Höhe von S 7,621.747,- (a-conto-Zahlung S 6,766.000,-) zugestimmt.
Weiters wird eine a-conto-Zahlung für das Finanzjahr 1988 in Höhe von 3,075.500,- genehmigt. Zu diesem Zwecke hat bei der VA-Stelle 1/6210/774000.1 eine Freigabe in Höhe von S 7,643.835,80 sowie bei der VA-Stelle 5/6210/774000.2 eine Freigabe in Höhe von S 3,053.411,20 zu erfolgen.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Fragen? Keine Wortmeldung. Dagegen oder Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag ist so beschlossen.
Danke. Nächster Berichterstatter Kollege Holub.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich habe einen Bericht zum Beschluß vorzutragen, und zwar betrifft er die Restaurierung der Pfarrkirche St. Michael im Kircheninnenraum. Dieses wohlgelungene Werk wird heute abend mit einem Festakt beendet. Ich ersuche, nachstehenden Antrag anzunehmen.

15) Ha-7457/86
Pfarrkirche St. Michael; Innenrestaurierung.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit GR-Beschluß vom 14. 4. 1988 wurde beschlossen, für die Restaurierung der Pfarrkirche St. Michael einen Gesamtbetrag von S 4 Millionen, zahlbar in 5 Jahresraten, als Beitrag der Stadt steyr zu leisten.
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 17. 7. 1989 wird nunmehr zur Ausbezahlung der Jahresrate 1989 einer Mittelfreigabe in der Höhe von S 800.000,- zugestimmt. Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 800.000,-- (achthunderttausend)
werden bei der VSt. 5/3630/777100.9 freigegeben.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich möchte mich als Referent für den Denkmalschutz für das Verständnis des gesamten Gemeinderates bedanken, daß eines der dominierenden Bauwerke in unserer Stadt, insbesonders im Steyrdorf, gerade durch die vorreitende Hilfe der Stadt Steyr und durch die Einleitung des Förderungsübereinkommens in einer sehr kurzen Zeit und in einer hervorragenden Weise saniert werden konnte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Nicht. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie für den Antrag sind? Danke. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Einstimmig beschlossen.
Ich danke Kollegen Holub für seinen Beitrag. Nächste ist Kollegen Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen einen Antrag vorzutragen, welcher lautet:

16) Bau5-2070/89
Städtisches Zentralaltersheim; Erneuerung und Optimierung der Heizungsanlage; Adaptierung der Müllabwurfanlage.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 10. 7. 1989 werden im Zusammenhang mit der Erneuerung und Optimierung der Heizungsanlage sowie der Adaptierung der Müllabwurfanlage nachstehende Aufträge vergeben:
1) Erneuerung und Optimierung der Heizungsanlage:
Arge Fa. Haas und Fa. Kriszan, Steyr, zum Preise von S 2,662.188,- netto
2) Adaptierung Müllabwurfanlage samt Baumeisterarbeiten sowie Baumeisterleistungen für Heizungsinstallation:
Fa. Prameshuber, Steyr, zum Preise von S 1,030.815,- netto
Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 2,811.000,- (Schilling zwei Millionen achthundertelftausend)
(Heizung S 2,663.000,- und Baumeisterarbeiten für Heizungsanlage S 148.000,-)
bei der VSt 5/4200/010330.0 sowie
S 375.500,- (Schilling dreihundertfünfundsiebzigtausend)
bei der VSt 5/4200/010300.3 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von
S 507.500,- (Schilling fünfhundertsiebentausendfünfhundert) von der VSt 5/4200/010330.0 auf die VSt 5/4200/010330.3 bewilligt.
Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VSt 5/4200/010330.0 zu erfolgen.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Ich danke für den Bericht. Anstelle von Kollegen Pimsl ersuche ich Herrn Stadtrat Sablik um den Bericht.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK anstelle des abwesenden Stadtrates Rudolf Pimsl:
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!
Der Akt von Stadtrat Pimsl beinhaltet den Ankauf von Blechsammelbehältern und lautet:

17) ÖAG-1950/89
Müllabfuhr
Ankauf von Blechsammelbehältern.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA I vom 4. 7. 1989 wird der Fa. Bittner, Steyr, zum Ankauf von Blechsammelbehältern eine einmalige außerordentliche Subvention in Höhe von S 150.000,- gewährt. Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 150.000,-- (einhundertfünfzigtausend)
werden bei VSt 1/8130/776.000.7 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Fragen oder Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.
Ich bitte Kollegen Sablik, jetzt seine Berichte vorzutragen.

STADTRAT ERICH SABLIK:
Ich habe Ihnen einen Akt vorzulegen, der den Ausbau der August-Moser und der Feldstraße sowie Errichtung von Haltebuchten in der Steiner Straße, Grundeinlöse und Arbeitsvergabe, betrifft.

18) Bau3-1240/81
Ausbau der August-Moser und der Feldstraße sowie Errichtung von Haltebuchten in der Steiner Straße; Grundeinlöse und Arbeitsvergabe.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 25. 7. 1989 wird der Auftrag zum Ausbau der August Moser-Straße und der Feldstraße sowie der Errichtung zweier Haltebuchten in der Steiner Straße an die Fa. Zwettler Bau-GesmbH, Steyr, zum Preise von S 2,241.470,- inkl. MWSt. übertragen.
Gleichzeitig wird der Ausbezahlung von 90 Prozent der Fremdgrundeinlösen (Schützenhofer S 557.280,- abzüglich des Guthabens der Stadt vom Baulos Steiner Straße S 86.350,- und Hiesmayr S 26.400,-) im Gesamtausmaß von S 497.330,- zugestimmt.
Für die Bezahlung der 1. Baurate sowie für die Fremdgrundeinlöse werden Mittel im Ausmaß von
S 1,000.000,- (eine Million)
bei der VSt 5/6120/002080.9 und
S 1,000.000,-- (eine Million)
bei der VSt 5/6120/002190.6 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 68.000,- (achtundsechzigtausend)
bei der VSt 5/6120/002080.9 bewilligt.
Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch die VSt 5/6120/002500.6 zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:
Der nächste Antrag lautet:

19) Bau3-3271/89
Neugestaltung der Pfarrgasse.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 14. 7. 1989 wird im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Pfarrgasse der Auftrag zur Durchführung der Entwässerungs-, Oberbau-, Belags- und Pflasterarbeiten an die Fa. Asphalt § Beton GesmbH, Steyr, zum Preis von S 930.588,90 inkl. MWSt. übertragen.
Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 600.000,-- (sechshunderttausend)
bei der VSt 5/6120/002750.7 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von
S 331.000,-- (dreihunderteinunddreißigtausend)
von der VSt 5/6120/002500.6 auf die VSt 5/6120/002750.7 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VSt 5/6120/002500.6 zu erfolgen.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Sie wissen, daß wir bis 16. Oktober fertig sein müssen, weil dann die Rotarier die Brucknerstiege eröffnen wollen.
Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ist jemand gegenteiliger Auffassung? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ERICH SABLIK:
Bei meinem letzten Antrag geht es um Belagsarbeiten auf der B 122, der Voralpenbundesstraße, im Bereich Seifentruhe bei km 32.500 - km 33.040. Der Antrag lautet:

20) Bau3-3132/89
Belagsarbeiten auf der B 122 (Voralpenbundesstraße)
im Bereich Seifentruhe, km. 32500 - km 33.040.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 25. 7. 1989 wird der Auftrag zur Durchführung der Belagsarbeiten auf der B 122 (Voralpenbundesstraße) im Bereich Seifentruhe, km 32.500 - km 33.040, an die Fa. Zwettler, Bau-GesmbH , Steyr, zum Preis von S 950.000,- inkl. MWSt. übertragen.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche auch hier um Annahme.

BVIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Wü nscht dazu jemand zu sprechen? Keine Wortmeldung. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.
Ich danke Kollegen Sablik für seine Berichte. Nächster ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Bei meinem ersten Antrag geht es um die Kanalisation Pfarrgasse.

21) Bau6-1110/89
Kanalisation Pfarrgasse, Variante A (Kanalbau) - Auftragsvergabe zur Durchführung der Auftragsteile A und B - Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 22. 6. 1989 wird im Zusammenhang mit der Neuerrichtung der Kanalisation Pfarrgasse der Auftrag zur Durchführung des Auftragsteiles A - Kanalbau an die Fa. Schallinger, St. Peter/Au, zum Preis von S 279.291,- exkl. MWSt. übertragen.
Zum genannten Zweck sowie für den mit Stadtsenatsbeschluß vom 22. 6. 1989 an die Fa. Stadlbauer (Teil B) vergebenen Auftrag wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 448.500,-- (vierhundertachtundvierzigtausendfünfhundert)
bei der VSt 5/8110/050640.0 bewilligt.
Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Auffassungen oder Stimmenthaltungen? Dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

22) Bau6-1074/88
Bau3-4700/85
Errichtung Kanalisation Steyrdorf; NS Direktionsstraße und Frauenstiege; NK Pfefferlweg, Sierninger Straße 2, Fabrikstraße und Badgasse inkl. Regenentlastungen; Straßenbauarbeiten Direktions, Sierninger- und Fabrikstraße; Mittelfreigabe 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit GR-Beschluß vom 31. 1. 1989 wurden im Zusammenhang mit der Errichtung der Kanalisation Steyrdorf im Rahmen des BA 05 und BA 06 der Stadt Steyr die Aufträge zur Durchführung der Kanalbauarbeiten (S 12,484.076,20 exkl. MWSt.), der Straßenbauarbeiten (S 2,933.508.90 inkl. MWSt.) und Straßenbeleuchtungsarbeiten (S 84.672,- inkl. MWSt.) an die ARGE Kanal Steyrdorf - Fa. Mayr Bau-GesmbH und Fa. Beer & Janischofsky, Steyr, vergeben.
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städt. Kanalverwaltung vom 23. 6. 1989 wird einer Verringerung der Auftragssumme für die Kanalbauarbeiten (Verwendung anderer Rohrmaterialien) in der Höhe von S 118.756,80 exkl. MWSt. zugestimmt. Gleichzeitig wird der Auftragsvergabe für die Bestandserhebung im Bereich der Frauenstiege an den Städt. Wirtschaftshof zum Preise von S 63.403,02 exkl. MWSt. nachträglich zugestimmt. Weiters wird die Zustimmung zur Auftragserweiterung für die Pflasterung unterer Michaelerplatz an die ARGE Kanal Steyrdorf - Fa. Mayr Bau-GesmbH und Fa. Beer & Janischofsky, Steyr, in der Höhe von S 200.000,- inkl. MWSt. zugestimmt.
Zur Begleichung der laufenden Teilforderungen der ARGE werden die im Budget 1989 hiefür vorgesehenen Mittel in der Höhe von
S 6,970.000,- (sechs Millionen neunhundertsiebzigtausend) bei der VSt 5/8110/050420.7
S 22.000,- (zweihundertzwanzigtausend) bei der VSt 5/6120/002470.2
S 2,000.000,- (zwei Millionen) bei der VSt 5/6120/002630.1 und
S 1,000.000,- (eine Million) bei der VSt 5/6120/002730.9
freigegeben.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist so angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

23) Bau5-7247/80
Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen
Steyr; Fassadenimprägnierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 5. 7. 1989 wird der Auftrag zur Fassadenimprägnierung an der BBAK Steyr an die ARGE BBAK Steyr - Beer & Janischofsky und Negrelli zum Preise von netto S 424.050,- übertragen. Die Refundierung des Kostenanteiles des Bundes (60 Prozent) erfolgt nach Abschluß eines Ergänzungsvertrage zum Hauptvertrag der BBAK. Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 425.00,-- (vierhundertfünfundzwanzigtausend)

werden bei der VSt 5/2220/010050.4 freigegeben.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen dazu? Keine. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Mein letzter Antrag betrifft den Bebauungsplan Nr. 5 - Änderung Nr. 1 - Marsstraße.

24) Bau2-2885/89
Bebauungsplan Nr. 5 - Änderung Nr. 1 - Marsstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Bebauungsplan Nr. 5 - Änderung Nr. 1 - Marsstraße - wird entsprechend dem Planentwurf des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr vom 16. Juni 1989 nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 2. August 1989 beschlossen.

Auch hier ersuche ich um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Sie haben auch diesen Antrag gehört. Gibt es dazu Wortmeldungen? Gegenteilige Auffassungen? Stimmenthaltung?. Das ist nicht der Fall, daher ist auch dieser Antrag angenommen.
Ich danke Kollegen Stadtrat Schloßgangl für seine Berichte. Nächster ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe Ihnen heute 4 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzulegen. Beim ersten Antrag geht es um die Erdgasaufschließung im Bereich Leitenweg sowie um die Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges.

25) ÖAG-4761/89
Stadtwerke
Erdgasaufschließung im Bereich Leitenweg sowie
Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 14. 7. 1989 werden im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung sowie der Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges im Bereich Leitenweg nachstehende Aufträge vergeben:
1. Tiefbauarbeiten für Gas- und Wasserleitungsverlegung an die
Fa. Hamberger Bau- GesmbH, Steyr zum Preise von: S 427.943,- exkl.USt
2. Ankauf der PVC-Rohre, Absperrorgane und Armaturen an die
Fa. Kontinentale Wels, zum Preise von ca. S 71.500,- exkl.USt.
Gleichzeitig wird der Auftrag zur Durchführung der Tiefbauarbeiten im Anschlußbereich zur Stelzhamerstraße an die Fa Beer & Janischofsky zum Preise von 14.500,- exkl. USt übertragen. Die hiefür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dies Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ist jemand gegenteiliger Auffassung oder enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Bei meinem zweiten Antrag geht es um die Erneuerung eines Trinkwasserversorgungsstranges sowie um die Neuverlegung eines Erdgasversorgungsstranges Rohrauerstraße, Auftragsvergaben.

26) ÖAG-4802/89
Stadtwerke
Erneuerung eines Trinkwasserversorgungsstranges sowie Neuverlagung eines Erdgasversorgungsstranges Rohrauerstraße; Auftragsvergaben.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 18. 7. 1989 werden im Zusammenhang mit der Erneuerung des Trinkwasserversorgungsstranges sowie der Neuverlegung des Erdgasversorgungsstranges in der Rohrauerstraße folgende Aufträge vergeben.
1. Tiefbauarbeiten für die Gas- und Wasserleitungsverlegung
an die Fa. Zwettler, Bau-GesmbH Steyr, zum Preise von S 447.120,- exkl. USt.
2. Lieferung der PVC-Rohre, Absperrorgane und Installationsmaterialien an die Fa. Kontinentale, Wels zum Preise von S 37.000,- exkl. USt.
Die hiefür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen sehe ich keine. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Mein nächster Antrag kommt alle Jahre wieder. Es handelt sich um den Erdgasliefervertrag, die vertragliche Preisvereinbarung für das Jahr 1990. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

27) ÖAG-6216/76
Stadtwerke
Erdgasliefervertrag - vertragliche Preisvereinbarung für das Jahr 1990.
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 24. 11. 1988 wurde die für das Wirtschaftsjahr 1989 geltende Preisvereinbarung zwischen der OÖ. Ferngas-GesmbH (Leistungspreis S 5,177.100,- exkl. USt. p. a.; Arbeitspreis S 129,86 exkl. USt je Mwh) genehmigt. Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 24. 8. 1989 und des Berichtes des Kontrollamtes vom 28. 8. 1989 wird nunmehr einer weiteren Verlängerung dieser Preisvereinbarung für das Jahr 1990 zugestimmt.

Bei dieser Gelegenheit darf ich mich bei den Direktoren der Stadtwerke für die sicherlich nicht leichten Verhandlungsmonate bedanken, wobei sie wieder einen so guten Preis wie im Vorjahr erzielen konnten.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Mein letzter Antrag behandelt die Verlegung eines Niederdruckgasversorgungsstranges DN 150 bis DN 100 im Bereich der Sepp-Ahrer-Straße und die Erneuerung eines Trinkwasserversorgungsstranges im gleichen Siedlungsbereich, und zwar die Auftragsvergaben. Der Antrag lautet:

28) ÖAG-5574/89
Stadtwerke
Verlegung eines Niederdruckgasversorgungsstranges DN 150 bis DN 100 im Bereich der Sepp-Ahrer-Straße; Erneuerung eines Trinkwasserversorgungsstranges im gleichen Siedlungsbereich - Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 17. 8. 1989 werden im Zusammenhang mit der Verlegung eines Niederdruckgasversorgungsstranges DN 150 bis DN 100 sowie der Erneuerung eines Trinkwasserversorgungsstranges im Bereich der Sepp Ahrer-Straße, nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:
1. Tiefbauarbeiten: Bietergemeinschaft Fa. Beer & Janischofsky - Mayr-Bau GesmbH, Steyr, zum Preise von S 1,198.008,- exkl.USt.
2. Ankauf der Niederdruckrohre, Absperrorgane und Installationsmaterialien: Fa. Kontinentale, Wels, zum Preise von ca. S 100.000,- exkl.USt.
3. Rohrtransporte an den städt. Wirtschaftshof zum Preis von ca. S 8.000,-
Die hiefür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerke aufzubringen.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Sie haben auch den letzten Antrag des Kollegen Stadtrat Steinmaßl gehört. Wortmeldungen dazu? Keine. Keine Gegenstimme, keine Stimmenthaltung, der Antrag ist so beschlossen.
Ich danke Kollegen Steinmaßl für seine Berichterstattung, nächster Berichterstatter ist Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Werte Herren Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich darf Ihnen 4 Anträge vortragen. Der erste betrifft Instandsetzungsarbeiten

in der Hauptschule Promenade. Der Antrag lautet:

29) GHJ2-3371/89
HS Promenade - alter Turnsaal;
Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 19. 6. 1989 werden im Zusammenhang mit den Instandsetzungsarbeiten im alten Turnsaal in der HS Promenade nachstehende Aufträge vergeben:

1. Turnsaalausstattung: Fa. Stanzel & Co, Wien, zum Preis von S 1,507.661,40 inkl.MWSt.
2. Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Mitterhuemer, Steyr, zum Preis von S 125.440,32 inkl.MWSt.
3. Sanierputzaufbringung: Fa. Mibag, Sierning, zum Preis von S 44.696,40 inkl.MWSt.
4. Baumeisterarbeiten: Fa. Negrelli, Steyr, zum Preis von S 18.630,-- inkl.MWSt.
5. Malerarbeiten: Fa. Huber, Steyr, zum Preis von S 10.000,-- inkl.MWSt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 850.000,-- (achthundertfünfzigtausend)
bei der VSt 5/2100/010390.8 und
S 150.000,-- (einhundertfünfzigtausend)
bei der VSt 5/2100/043400.6 freigegeben und Kreditüberschreitungen im Ausmaß von
S 432.000,-- (vierhundertzweiunddreißigtausend)
bei der VSt 5/2100/010390.8 und
S 275.000,-- (zweihundertfünfundsiebzigtausend)
bei der VSt 5/2100/043400.6 bewilligt.
Die Deckung für diese Kreditüberschreitungen hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Sie haben auch diesen Antrag gehört. Gibt es eine Wortmeldung dazu? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Enthaltungen? So beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Den Ankauf von Einrichtungsgegenständen für städtische Schulen behandelt mein nächster Antrag.

30) GHJ1-865/89
Ankauf von Einrichtungsgegenständen für städtische Schulen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 29. 6. 1989 werden im Zusammenhang mit dem Ankauf von Einrichtungsgegenständen für die städtischen Schulen (Volksschulen, Hauptschulen, Sonderschulen) nachstehende Aufträge vergeben:

1. Fa. Mayr, Scharnstein:		
1 Projektions- und 1 Medienschrank	S 27.345,88	
6 Stück Werkbänke	S 49.815,36	
56 Schülertische und 112 -sessel	S 150.151,68	S 227.312,92 inkl.MWSt.
2. Fa. Löger, Steyr:		
Verdunklungsvorhänge		S 267.597,40 inkl.MWSt.
3. Fa. Furthner, Riedau:		
4 Schultafeln		S 53.280,-- inkl.MWSt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 158.000,- (einhundertachtundfünfzigtausend)
bei VSt 1/2110/043000.2,
S 257.000,- (zweihundertsiebenundfünfzigtausend)
bei VSt 1/2120/043000.1 und
S 40.300,- (vierzigtausenddreihundert)
bei VSt 1/2130/043000.0
sowie Kreditüberschreitungen im Ausmaß von
S 19.500,- (neunzehntausendfünfhundert)
bei VSt 1/2110/043000.2 und
S 73.400,- (dreiundsiebzigtausendvierhundert)
bei VSt 1/2120/043000.1
bewilligt. Die Deckung für die Kreditüberschreitungen hat durch allgemeine Deckungsmittel zu erfolgen.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? Stimmenthaltungen? So beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Der nächste Antrag lautet:

31) ÖAG-1201/87
Fa. Stoba - Präzisionsteile-GesmbH, Betriebserweiterung.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Dem Verkauf der Grundstücke 677/12, 675/11 sowie 677/9 je Grundbuch Gleink im Ausmaß von 3.614 m2 in Ausübung der Option vom 31. 7. 1987 an die Fa. Stoba-Präzisionsteile-GesmbH mit dem Sitz in Steyr wird zugestimmt. Für den Abverkauf gelten die im Vertrag vom 31. 7. 1987 festgesetzten bedingungen und Auflagen mit der Maßgabe, daß die Bezahlung der Kaufpreisraten erst mit 1. Juli 1990 beginnen wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen gewünscht? Keine. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Mein letzter Antrag lautet:

32) ÖAG-5477/85
Rückkauf des Grundstückes 1576/9, KG. Föhrenschacherl, von der Fa. Lehner, optoelectronik GesmbH, Sierninger Straße 48 a, 4400 Steyr.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird dem Rückkauf des Grundstückes 1576/9, KG Föhrenschacherl, von der Fa. Lehner optoelectronik GesmbH, 4400 Steyr, Sierninger Straße 48 a, zugestimmt. Zur Rückzahlung der bereits geleisteten Kaufpreisteilbeträge wird bei der VA-Stelle 5/8400/001000.2 der Betrag von
S 242.000,-- (zweihundertzweiundvierzigtausend)
freigegeben und bei der gleichen VA-Stelle ein Betrag von
S 306.000,-- (dreihundertsechstausend)
als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht zu diesem letzten Antrag jemand zu sprechen? Keine Wortmeldung.Gibt es gegenteilige Auffassungen oder Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, damit ist auch dieser letzte Antrag einstimmig beschlossen.
Wir sind damit am Ende der Tagesordnungspunkte angelangt und kommen zur Aktuellen Stunde.

Beginn der Aktuellen Stunde: 15.50 Uhr

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich möchte im Zuge der Aktuellen Stunde selbst ein Problem anschneiden, das in den letzten Tagen Wellen geschlagen hat und möchte dazu kurz Stellung nehmen. Es geht um die Situation im Reithoffer-Werk, im Areal der Reithoffer-Werke. Es ist ja bekannt, daß dieses Areal im Besitz der Steyr-Daimler-Puch AG steht. Die Stadt Steyr hat sich lange Zeit bemüht, diesen Grundbesitz zu erwerben, weil das in der Nähe der Stadt ist, es ist ein sinnvolles Gelände für eine sinnvolle Verwertung. Eine Verwertung wäre möglich einerseits für Wohnbauzwecke, andererseits aber auch zum Teil für die Ansiedlung von kleineren und geeigneten Gewerbebetrieben. Großer Vorteil dabei wäre, daß in vielen Bereichen die notwendige Infrastruktur vorhanden ist. Ich denke daran, daß die Schulen, die Kindergärten, Verkehrslinien usw. in ausreichendem Maß vorhanden sind und der Weg zur Stadtmitte oder zum Stadtkern sehr günstig gelegen ist. Ich habe schon gesagt, wir haben verhandelt mit den Steyr-Werken. Ich glaube, es ist allgemein bekannt, daß der Grundpreis letztlich das Hindernis war, daß die Stadt Steyr eingestiegen ist. Es handelte sich um einen Grundpreis, die erste Vorstellung des Besitzers waren S 1.500,- alles in allem mit den Gebäuden, die da drauf stehen und wir haben mehrmals verhandelt mit dem Unternehmen unter Einschaltung des seinerzeitigen Generaldirektors Androsch und wir haben uns praktisch auf einen Grundpreis von S 500,- geeinigt, der zur Diskussion gestanden ist und der durchaus realistisch gewesen wäre und auch von unserer Seite her zu akzeptieren gewesen wäre. Durch die personellen Veränderungen im Vorstand der CA hat sich die Situation geändert. Die nächsten Gespräche sind so gelaufen, daß der vereinbarte Grundpreis, der zugesagte Grundpreis, nicht akzeptiert wurde und wir daher aus den Gesprächen ausgestiegen sind. Wir haben auch Gespräche geführt mit allen Wohnungsgesellschaften, die in Steyr ihren Sitz haben, weil eine teilweise Wohnverbauung dort sinnvoll erscheint. Es sind sehr alte Gebäude, zum Teil sehr baufällige Gebäude und aus diesem Grund wurde von uns veranlaßt, daß zur Sicherung der Bausubstanz eine Verhandlung abgeführt wird und diese Verhandlung wurde im Mai durchgeführt. Es wurde daraufhin in mündlicher Form ein Bescheid erlassen, bei der ursprünglichen Überlegung war von einer Abbruchbewilligung nicht die Rede, es hat sich erst in dieser Verhandlung herausgestellt, daß der Wunsch zu einem Teilabbruch ebenfalls vorgetragen wurde und in diesem Bescheid eine mündliche Abbruchbewilligung auch erteilt wurde. Es handelt sich - ich möchte das betonen, da ist ein Unterschied - nicht um einen Abbruchsauftrag, sondern um eine Abbruchsbewilligung.
Aufgrund des Umstandes, daß es alte Gebäude sind, die zum Teil, möchte ich sagen, - alles wird man da nicht einbeziehen können - schützenswerten Charakter haben, haben wir uns mit dem Denkmalamt, das ja ursprünglich schon eingeschaltet wurde, neuerlich in Verbindung gesetzt und ich habe die Steyr-Werke schriftlich gebeten, von dieser Abbruchbewilligung zunächst keinen Gebrauch zu machen.
Ich habe heute am Vormittag ein Pressegespräch gehabt und im Anschluß an dieses Pressegespräch persönlichen telefonischen Kontakt mit Herrn Landeskonservator Hofrat Sedlak gehabt und wir sind so verblieben, er wird sich ebenfalls mit dem Werk in Verbindung setzen. Wir sind so verblieben, daß wir eine gemeinsame neuerliche Begehung unter Beiziehung des Besitzers, also des Eigentümers, Vertretern

der Steyr-Werke, der Baubehörde, des Magistrates, vornehmen werden und die weitere Vorgangsweise aufgrund dieser Begehung dann festlegen werden. Ich glaube - hier gibt es sicher keine unterschiedlichen Auffassungen - wir sollten alles tun, um dieses Areal auf Sicht gesehen einer sinnvollen, für alle sinnvollen Nutzung zuzuführen. Man sollte Maßnahmen, die unter Umständen dazu führen, daß diese Nutzung irgendwie eingeschränkt wird, in Abstimmung mit allen Betroffenen finden. Das ist vorgesehen.
Das wollte ich, weil es ein wirklich aktuelles Thema ist, heute hier mitteilen und ich werde selbstverständlich den Gemeinderat am laufenden halten über die Ergebnisse dieser Begehung. Wann die ist, das kann ich noch nicht sagen, der Termin ist erst festzulegen.

Will von den Fraktionen dazu jemand etwas sagen? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Vorausschicken möchte ich, daß ich bereits im Jahre 1987 und 1988 namens der ÖVP-Fraktion den Erwerb dieser Reithoffer-Gründe dringendst gefordert habe, weil, wie Sie wissen, die Stadt Steyr fast über keine Gründe mehr verfügt. Weder für Betriebsansiedlungen, noch für Wohnbauten. Der Herr Bürgemeister hat ja schon ausgeführt, es hat Verhandlungen gegeben mit den Eigentümervertretern und wir waren sehr nahe daran, diese zum Preise von S 600,-/m2 zu erwerben. Leider sind diese Verhandlungen vielleicht nicht mit dem nötigen Druck geführt worden und mittlerweile hat sich dieser Preis wieder zerschlagen. Trotzdem vertreten wir die Auffassung, daß die Stadt bemüht sein sollte, diese Gründe unter allen Umständen zu erwerben. Ich bin mir bewußt, daß der Preis hiefür sehr hoch ist, auf der anderen Seite muß man aber bedenken, daß es so zentral gelegene Gründe, die sich sowohl für Gewerbeansiedlungen als auch zum Teil für Wohnbebauung hervorragend eignen, im ganzen Stadtgebiet nicht mehr gibt.
Ich könnte mir auch vorstellen, daß man, wenn die Stadt diese Gründe kauft, man diese später an Interessenten sicherlich verbilligt weitergibt und so eine indirekte Gewerbeförderung oder auch Wohnbauförderung betreibt. Mit dem Recht selbstverständlich, daß die Stadt Steyr ein Einweisungsrecht entsprechend dem Anteil der Förderung für diese Wohnungen erhält.
Der Herr Bürgermeister wurde in der Presse attackiert, weil er von diesen Verhandlungen nichts gewußt hat. Ich bin zwar nicht hier angetreten, um ihn zu verteidigen, als Baureferent fällt das Baurechtsamt in mein Ressort. Ich glaube aber doch, es sollten ein paar Worte darüber gesagt werden. Am 5. Mai 1989 wurde von Seiten der Steyr-Daimler-Puch AG ein Antrag gestellt auf Feststellung des Bauzustandes. Der wurde ordnungsgemäß behandelt und es wurde um Beistellung eines Bausachverständigen hier amtsintern gebeten. Während der Kundmachungszeit, also in offener Frist, wurde am 17. 5., wiederum von den Steyr-Daimler-Puch-Werken, der Antrag auf Abbruchgenehmigung gestellt. Hier klafft bis zum 30. 5, an dem dann die Verhandlung abgeführt wurde, eine gewisse Informationslücke. Es wurde nämlich von diesem Vorhaben oder von diesem Antrag der Steyr-Daimler-Puch hausintern nicht mehr das Bauamt informiert. Dann kam es eben dazu, daß die Verhandlung abgeführt wurde. Nach gesetzlichen Gesichtspunkten und nach der Bauordnung wurde völlig korrekt von den Beamten gehandelt und der mündliche Bescheid herausgegangen ist und auch beurkundet wurde. An und für sich existiert ein gesetzlich und rechtlich vollkommen intakter Bescheid und theoretisch könnten die Steyr-Werke ab morgen mit der Schubraupe hineinfahren und die alten Gebäude niederreißen. Der Herr Bürgermeister hat schon gesagt, er hat schriftlich an die Steyr-Werke, Gebäudeverwaltung,appelliert, von diesen Abbrucharbeiten Abstand zu nehmen, denn es könnten ja auch - es besteht ja an und für sich keine Notwendigkeit - die Gründe später mit den Baulichkeiten verkauft werden, natürlich

reduziert um die Kosten eines eventuell erforderlichen Abbruches.
Ich glaube, man sollte diese Reithoffergründe wirklich von seiten der Gemeinde mit allen Mitteln versuchen zu erwerben. Wir bräuchten eigentlich dringend ein Veranstaltungszentrum, ich denke hier an eine Veranstaltungshalle. Wir bräuchten ein Ausstellungszentrum, der Andrang an die Gewerbeausstellung, die demnächst stattfindet, wird von Jahr zu Jahr größer. Es ist schon einmal an Steyr die wirtschaftliche Entwicklung insofern vorbeigegangen, als wir versäumt hatten, den Anschluß an die Westbahn hier nach Steyr zu bekommen oder unsere Vorfahren. Genau dasselbe ist uns passiert bei den Ausstellungen und bei der Präsentation unserer Wirtschaft. Es gibt viele Ausstellungen, es gibt das Welser Volksfest, die Welser Messe, es gibt die Rieder Messe, es gibt die Wiener Messe und Steyr als potenter Wirtschaftsraum hat eine relativ bescheidene Gewerbeausstellung. Es würde sich für diesen Zweck - wir haben dafür auch im Budget einen Ansatzpunkt vorgesehen , das darf ich heute schon sagen- unter Umständen ein Teil dieses Gebietes eignen.
Zu den Reithoffergründen selbst möchte ich noch sagen, hätte die Gemeinde diese Gründe erwerben können, dann würden Sie automatisch unter Denkmalschutz stehen und wir bräuchten heute nicht darüber diskutieren. Ich glaube, daß wir dort eine sinnvolle Verbauung planen sollten, daß wir aber zuvor eine Bestandsaufnahme des Gesamtareals und der Baulichkeiten durchführen lassen sollten. Es wird sicherlich viel Arbeit und viel Zeit in Anspruch nehmen. Man rechnet bei solchen Sachen sicherlich ungefähr mit einer Zeitdauer von einem halben bis zu einem Jahr, um dann die erhaltungswürdigen und denkmalgeschützten Bauobjekt einer wirklich sinnvollen Verwertung zuzuführen. Man sollte nicht erhalten um jeden Preis, aber ich glaube, es ließe sich dort sehr schön eine Kombination von Bauten erzielen mit Gewerbe, Wohn- und Gewerbebetrieben, die gleichzeitig als Wohnhaus genützt werden könnten, und vor allem an der hinteren Seite am Abhang zur Enns,der ja eine reine Südlage darstellt und praktisch keine Belästigung durch Lärm hat, könnte man ideale Wohnbauten hinstellen. Ich bitte Sie nochmals, sich dieses Areal vorzumerken und zu versuchen, es zu erreichen. Noch dazu, wo es ja nicht an Wert verliert, sondern von Tag zu Tag wertvoller wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Dazu darf ich aufklärend sagen, weil Kollege Schloßgangl gesagt hat, es sei vielleicht mit zu wenig Druck verhandelt worden. Das ist sicher nicht der Fall gewesen, weil ich habe die Preisdifferenz, die letztlich dann als angemessen erschienen ist, das hat sehr lange gedauert und es haben sich im besonderen die Obmänner des Betriebsrates , Kollege Pimsl und Kollege Leithenmayr, sehr verwendet dafür, daß das zustande gekommen ist. Es war sogar der Bundeskanzler eingeschaltet, der interveniert hat beim seinerzeitigen Vorsitzenden, damit dieser Preis, der uns tragbar erschien, ermöglicht wurde. Ich glaube halt, daß die finanzielle Leistungskraft der Gemeinde irgendwo ihre Grenzen hat. Wir hätten dieses Areal schon,wenn dieser Preis gehalten hätte, aber ich glaube, es ist gerechtfertigt, wenn man mit aller Kraft darauf drängt, daß das wirklich für uns so günstig wie möglich ist. Es ist ja nicht mit dem Kaufschilling abgetan, sondern es sind damit viele andere Dinge auch noch verbunden. Um jeden Preis würde ich das nicht tun und die Steyr-Werke haben ja auch gesagt, sie wollen das selbst verwerten und das hat dann den Ausschlag gegeben, daß die Gespräche beendet waren.
So weit diese Mitteilung.
Zu diesem Thema hat sich noch Kollege Eichhübl zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Zum Thema Reithoffer-Werke-Areal, das hier vom Herrn Bürgermeister angeschnitten wurde, darf ich mitteilen, daß auch ich über Umwegen erfahren habe, daß die

Steyr-Daimler-Puch AG die Absicht hat, die dort situierten Gebäude zu schleifen. Ich bin eigentlich erstaunt und überrascht darüber, daß bereits eine Abbruchbewilligung vorliegt und es taucht daher die Frage auf, inwieweit es überhaupt möglich ist, jetzt etwas rückgängig zu machen, was offensichtlich schon im Laufen ist. Ich schließe mich aber durchaus der Meinung des Herrn Bürgermeisters an, daß man überprüfen sollte und müßte, bei diesem zweifelsohne erhaltungswürdigen Baubestand noch zu retten was zu retten ist, denn es gäbe durchaus Möglichkeiten, wenn die Stadt tatsächlich dieses Areal kauft, dieses einem anderen Zweck zuzuführen als beispielsweise einem Museum, was man auch schon gehört hat. Da gäbe es andere Möglichkeiten, die Kollege Schloßgangl aufgezeigt hat, nämlich die Adaptierung dieses Areals für Gewerbeausstellungen oder eben für Gewerbetriebe und Wohnungen gemischt. Ich lehne es aber ausdrücklich ab, daß hier - soweit es noch zu verhindern ist - man einfach in dieses Gebiet mit der Schubraupe hineinfährt und keine bessere Verwendung dafür findet.
Ich würde daher dringendst bitten die Verantwortlichen der Stadt, dafür Sorge zu tragen, daß dieses Vorhaben noch einmal überdacht wird und dieses Gelände einer sinnvolleren Verwendung zugeführt wird. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Die Möglichkeit habe ich aufgezeigt, es ist das Bundesdenkmalamt hier eingeschaltet und es würde eine teilweise Unterschutzstellung dazu führen, daß die Abbruchbewilligung nicht in Kraft tritt. Ich muß sagen, daß das Bundesdenkmalamt seit Beginn an damit befaßt ist, daß aber seit Jänner von dort her keine Reaktion erfolgt ist. Erst aufgrund der Zeitungsmeldungen ist man hier neuerlich darauf aufmerksam geworden.
Kollege Holub dazu.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich möchte als Referent für den Denkmalschutz einige Worte dazu anbringen. Zu dem von allen Vorrednern Gesagten ist an sich nur eines hinzuzufügen, daß es in der Tat erstaunlich ist, daß der Bürgermeister der Stadt Steyr sich in der Öffentlichkeit für einen Vorgang rechtfertigen muß, von dem er keine Kenntnis erlangt hat. Es ist in der Tat erstaunlich, daß die Behörde abspricht über ein doch sehr wesentliches Gebiet mit 50.000 m2 oder mehr als 50.000 m2 Baufläche, ohne daß der Leiter des Bauamtes, ohne daß der Leiter der Magistratsverwaltung, der Herr Magistratsdirektor, ohne daß die befaßten Referenten und ohne daß der Bürgermeister davon Bescheid weiß. Ich glaube, daraus sollte man schon auch Lehren ziehen und daraus bitte ich die Mehrheit in diesem Rathaus, die Nachdenkmöglichkeit aufzunehmen über eine allfällige Reform der Statuten und die Beiordnung der Magistratsabteilungen zu stadträtlichen Referenten doch in einem etwas anderen Licht zu sehen. Die Notwendigkeit, solches zu fordern, zeigt sich hier an diesem Beispiel ganz besonders kraß und deutlich. Das wollte ich hier noch in Anmerkung bringen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Zu diesem Thema gibt es keine Wortmeldung mehr. Dann frage ich die ÖVP?
Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Die Aktuelle Stunde des heutigen Tages ist sicherlich von aktuellen Themen geprägt. Das eine aktuelle Tagesthema hat der Herr Bürgermeister ins Gespräch gebracht, ein zweites Thema geistert natürlich durch die Köpfe und auch durch die Herzen von allen Steyrerinnen und Steyrern, und das heißt Steyr-Daimler-Puch AG. Ich glaube, nach den Ereignissen der letzten Wochen wäre es unverständlich,

wenn man das Thema, das Problem, den Untergang der Lkw-Sparte in Steyr nicht im Gemeinderat zur Sprache brächte.
Die Information, die Bürgermeister Schwarz zu Beginn der Sitzung gegeben hat, kennzeichnet ja die gesamte Situation dieses Gemeinderates trefflich. Seit Jahren drängt dieser Gemeinderat auf Informationen durch die Unternehmensleitung. Seit Jahren wird in kleinen, sehr reduzierten Gaben, Informationsmaterial in unsere Ohren getröpfelt seitens der Untrnehmensleitung. Und erst nachdem alles perfekt ist, ist dieser Gemeinderat in der Lage, aus einem schriftlichen Bericht des Zentralbetriebsrats-Obmannes eine Detailinformation zu bekommen. Über diese Vorgangsweise glaube ich ist jeder bewußte Steyrer und jede bewußte Steyrerin - Gertrude Schreiberhuber bitte verzeihe mir, ich wollte natürlich zuerst sagen jede bewußte Steyrerin und jeder bewußte Steyrer - nicht nur erschüttert, sondern ich glaube zu vollem Recht empört. Es geht ja nicht nur darum, daß irgend etwas über den Tisch eines Greißlers verhandelt wird, sondern es geht um das Schicksal von vielen tausenden Menschen und die Bestürzung darüber, in welcher Art und Weise dieser - ich kann es nicht anders nennen - Deal über den Tisch gegangen ist. Das ist sicherlich in unseren Herzen tief eingegraben. Die Andeutung alleine, die durch die Presse gegangen ist, daß die Marke Steyr vom Weltbild verschwinden könnte, die muß einem im höchsten Ausmaß betroffen machen. Weil es nicht nur um die Marke Steyr geht, sondern um das Bewußtsein einer ganzen Region.
Liebe Freunde, wen hat es noch nicht interessiert, wenn er im Ausland unterwegs war und es ist ihm ein Steyr-Lkw begegnet. Ich glaube, jeder von uns hat das Erlebnis schon gehabt, wenn man ein bißchen weiter weg ist und es kommt ein Steyr-Lkw, daß man unwillkürlich versucht war, dem zu winken und zu sagen, hallo Landsmann. Irgendwo im Inneren ist das in jedem von uns drinnen. Ich stehe fassungslos vor der Tatsache, daß das jetzt nicht mehr sein sollte. Ich bin fassungslos vor der Tatsache, daß man den Gemeinderat der Stadt offensichtlich jahrelang belogen hat, weil immer nur von Kooperation die Rede war und niemals vom Ausverkauf der Marke. Kollege Treml hat öfter darauf aufmerksam gemacht auf diese Möglichkeit. Wir haben das als Schwarzmalerei bezeichnet - eigentlich müßte ich sagen Dunkelrotmalerei, damit es paßt. Aber daß tatsächlich diese schlimmste Befürchtung in die Nähe der Realität kommen könnte, das hätte niemand allen Ernstes unterstellt. Jetzt haben wir es. Es ist nahezu sicher, daß das eintritt, auch aus den Worten des Zentralbetriebsratsobmannes, wiedergebracht durch den Herrn Bürgermeister, spiegelt sich das wider, wenn die Rede davon ist, die Produktion wird so lange aufrecht erhalten, als für Absatz gesorgt wird beim mittelschweren Lkw. Das wäre eine logische Sache, daß man ein Ding nur so lange produziert, wie man es absetzen kann. Wenn nicht da einige Gedanken zwischen den Zeilen davon zu lesen wären,wenn man nicht wüßte, daß der mehr als Dreivierteleigentümer sehr wohl die Möglichkeit für den Absatz steigern kann, indem er den Markt mit seinen Produkten, die noch dazu aus derselben Fabrik, zumindest anfänglich kommen werden, steuert. Das ist ja kein Geheimnis.
Ich verstehe beim besten Willen nicht, ich verstehe es nicht, es tut mir leid, daß ich dastehe und das sage, ich verstehe es nicht, wie Personalvertreter in den Steyr-Werken diesem Deal im Aufsichtsrat mit einer Stimmenthaltung begegnen können. Müssen sich nicht zahlreiche Arbeitnehmer verlassen vorkommen? Ich glaube, die Mehrheit der Steyrerinnen und Steyrer versteht das nicht und ich glaube, es ist ein unfaßbarer Zustand. Es ist wirklich ein unfaßbarer Zustand. Kollege Pimsl, der ja heute nicht da ist, hat, glaube ich, das Richtige getan, er hat als Arbeitnehmervertreter dort eine Gegenstimme geäußert. Was die anderen Vertreter da drinnen bewogen hat, sich der Stimme zu enthalten, kann meine kühnste Fantasie nicht nachvollziehen. Die Situation wäre sicherlich, das kann man vielleicht noch einwenden, nicht geändert worden, weil ich glaube, daß schon alles längst entschieden war. Aber dennoch ein Zeichen des Aufbäumens hätte der Steyrer und hätte die Steyrerin

doch mit Recht erwarten können. Die Arbeitnehmer in den Steyr-Werken fühlen sich, glaube ich, zurecht nicht wohl vertreten. Nicht wohl vertreten von der Unternehmensleitung und auch von ihren eigenen Vertretern. Das erschwert die Situation noch grundsätzlich. Die Stadt Steyr wird die Aufgabe haben, - ich bin überzeugt, das wird wahrgenommen werden bei den Gesprächen der Unternehmensleitung in München - die Akzentuierung darauf zu legen, daß die Marke Steyr, wenn auch in Kombination mit MAN, das wäre kein Unglück, erhalten bleibt. Daran wird das Gefühl dieser Region sehr wohl stark ausgeformt werden.
Ich bitte Dich, Herr Bürgermeister, nach besten Kräften - ich bin überzeugt, daß Du das tun wirst - diese Gespräche mit der MAN-Unternehmensleitung zu führen, damit die Bestätigung der schlimmsten Verdachtsmomente vermieden werden kann, daß in Wirklichkeit ein Wettbewerber,eine Kapazität vom Markt ausgekauft wurde. Wenn alles so lauft, wie es jetzt im schlimmsten Fall sich darstellt, dann ist genau das eingetreten, was dieser Gemeinderat der Stadt Steyr niemals wollte. Ich bin fest überzeugt, Herr Bürgermeister, daß Du Dich in diesem Sinn verwenden wirst. Ich bitte Dich im Namen der Steyrer Volkspartei, auf alle Fälle das zu tun. Ich bitte auch um die Möglichkeit, bei Gesprächen in dieser Richtung dabei zu sein, weil ich glaube, daß das Thema ein allumfassendes ist und daß die Vertreter der politischen Parteien als Vertreter von Bevölkerungsteilen durchaus ein legitimes Recht haben, die Forderung zu stellen, bei so schwerwiegenden Gesprächen repräsentativ vertreten zu sein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Namens der sozialistischen Fraktion? Kollege Tatzreiter. Er kennt ja die Situation aus unmittelbarer Nähe.

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:
Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Es ist sicher ein Gebot der Ernsthaftigkeit der Stunde, darüber zu sprechen, wie es in dem wohl größten Betrieb in unserer Region weitergehen wird. Wenn ich von der Mitteilung des Herrn Bürgermeisters schon die Ernsthaftigkeit herausstreichen konnte und ich glaube für uns alle erkennbar war, dann dürfte ich jetzt wohl nichts mehr hinzufügen. Dennoch ist es zweckmäßig und ich glaube, es sind dafür einige Aufklärungen notwendig und angebracht und es muß einiges richtiggestellt werden. Ich glaube, daß es höchst an der Zeit ist, hier nicht das Parteipolitische zu sehen, sondern die Gemeinsamkeit. Und ich glaube, hier hat gerade der letzte Apell von Vizebürgermeister Holub dazu aufgerufen, alle zusammenzustehen, um das Schlimmste abzuwenden. Dennoch muß ich hier vorweg eines richtigstellen. Die Stimmenenthaltung bei der Aufsichtsratssitzung, der entscheidenden Aufsichtsratssitzung, ich bin dort nicht stimmberechtigt und tue mich daher leicht oder leichter, wenn ich das so sagen darf, das von meiner Sicht aus zu beurteilen.
Ich glaube, es ist unwesentlich, hier darüber zu sprechen, wie stark dort die Belegschaftsvertretung mit ihren Gegenstimmen Einfluß nehmen kann, weil jeder weiß, wenn die 2/3 -Mehrheitsbeschlüsse ausreichen, daß diese Probleme erledigt werden, die uns natürlich schwer getroffen haben, dann stellt sich natürlich die Frage,erreichen wir noch etwas mit einer Gegenstimme oder mit einer Stimmeenthaltung, deren es vier an der Zahl waren. Es gibt 10 Kapitalvertreter in diesem Aufsichtsrat und 5 Belegschaftsvertreter. Diese 5 Belegschaftsvertreter sind mit 1 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen aufgetreten. Natürlich kann man jetzt philosophieren, was wäre,wenn alle 5 dagegen gestimmt hätten? Es war nur eine lapidare Antwort des Vorsitzenden des Aufsichtsrates, indem er erklärt hat, es hätte ohnehin nichts mehr genützt, wir müssen ja leider diese schwierige Situation über die Bühne bringen. Ich darf auf ein paar wesentliche Dinge hier eingehen.

Ich glaube, daß schon im vorigen Jahr sichtbar war, als das Budget beschlossen hätte werden sollen im Oktober - es kennen ja alle das Aktiengesetz, wann das Budget für das nächste Geschäftsjahr beschlossen werden muß - die Inliquidität bereits festgestanden ist und sichtbar war, daß es zu großen Problemen kommen wird. Wir haben die Verluste von mehreren Milliarden, wenn ich das jetzt so sagen darf in den vergangen Jahren gehabt und die waren der Anlaß, daß wir jetzt so dastehen. Daher war für eine nochmalige Prüfung, eine Geschäftsbestätigung für das kommende Jahr, also für heuer 1989, es notwendig, die besten Wirtschaftsprüfer, die anerkanntesten Wirtschaftsprüfer einzusetzen, um noch einmal das Budget beschließen zu lassen für das heurige Jahr. Zumindest bis zum Herbst dieses Jahres, das haben auch die Wirtschaftsprüfer dort ausgesagt, kann das gemacht werden im Hinblick auf die vorhergesehenen Kooperationen, die immer - wie Du das richtig gesagt hast - uns auch getäuscht haben. Das heißt, man hat immer gesprochen von Kooperationen und vielleicht mag es früher auch das Gefühl gewesen sein, daß man auch Kooperationen beabsichtigt. Es hat sich nur in letzter Zeit herausgestellt, daß diese Kooperationen nicht möglich waren - der 12. September war ja dieser ominöse und ich möchte sagen in der Geschichte dieser Region schrecklichste Tag, wo diese Entscheidung gefällt wurde - nach jenen Vorstellungen, die uns immer vorgelegt und von allen Seiten her bestätigt wurden. Es war nicht möglich, diese Kooperationen einzugehen. Die Kooperationspartner haben uns den Rücken gekehrt, sowohl beim Traktor als auch am Nutzfahrzeugsektor. Damit standen wir vor der Situation, wer wird der Letzte sein, der bei Steyr mit einsteigt. Die letzten beiden waren DAF und MAN am Lkw-Sektor. Es ist nicht unbekannt, daß in ganz Europa gewisse Zusammenschlüsse passieren, es gibt hier viele Kooperationen ähnlicher Art. MAN und DAF haben sich beide nicht gegönnt, daß Steyr irgend einer von den beiden erhält oder den Zuspruch bekommt. Damit war das Ringen und das ist uns auch bei der Vorbesprechung zur Aufsichtsratssitzung schon bestätigt worden, daß - oder sagen wir gesagt worden, ich will gar nicht behaupten, daß es bestätigt wurde - es ein Glück war, daß beide bis zum Schluß mitgetan haben. Damit ist nämlich das bestmögliche Ergebnis herausgekommen. Für uns ist es eine schreckliche Situation, weil es eine Teilung gibt zwischen Traktor und Lkw-Sparte und wir fragen uns, wer von beiden wird das längste Überleben haben. Erst mit der Aussage der MAN-Leute, die eine Grundsatzerklärung abgegeben haben - ich habe diese Vereinbarung hier, es steht zwar darauf streng vertraulich, aber wir kennen sie ja alle und wir können sie daher herzeigen. Damit steht zumindest einmal fest, was es heißt, wenn MAN von Steyr diese Areale aufkauft bzw. die Produkte übernimmt. Hier muß man wirklich davon ausgehen, daß sie gute und ernste Absichten haben und ich darf auch auf eines verweisen. Wir waren heute vor einer Woche beim MAN-Generaldirektor und bei den Vorstandsmitgliedern des Marketings und der Entwicklung. Alle drei Herren, allen voran Generaldirektor Lochte persönlich, der uns versprochen hat, sich bei nächster Gelegenheit beim Bürgermeister und seinen Stellvertretern einen Termin einzuräumen, um mit ihnen ein Gespräch zu führen bzw. dem Präsidium seine Vorstellungen für die Zukunft der Produkte oder der ganzen Sparte mitzuteilen. Er möchte gemeinsam mit der Stadtgemeinde und den örtlichen Mandataren den Weg gehen. Das hat man von ihm herausgehört und ich meine, das ist seine ernste und ehrliche Absicht.
Damit war sozusagen die Situation für uns ganz klar und wir haben natürlich bei den unverrückbaren Problemen, die da auf uns zugekommen sind, uns dem Resultat stellen müssen. Es ist jetzt unerheblich, darüber zu philosophieren. Hätten wir dagegen stimmen sollen, wenn man es auch mit Kampf nicht verhindern kann? Wenn immer das Schwert droht über den Köpfen, wenn ihr nicht beipflichtet, ihr könnt auch dagegen stimmen, der Konkurs steht auf jeden Fall vor der Tür. Diese Situation haben wir gehabt und ich darf hier versichern, es war für uns eine sehr ernste Situation bis zur Zerreißprobe. So drückend das Problem auch ist, man hat ja unter

Zeitdruck verhandelt, weil ja auch andere versucht haben, mit MAN das Gespräch zu führen bzw. mit DAF, ist doch diese Angelegenheit in die Richtung gegangen, daß wir glauben,daß zumindest die 1.600 bis 1.900 Mitarbeiter im Jahre 1993 - das ist der markante Punkt - hier Beschäftigung finden mit den weiteren Beschäftigten in den Servicestellen. Eine Hoffnung darauf, daß der Mittelklasse-Lkw, so lange es überhaupt wirtschaftlich notwendig ist und von den Aufträgen her gewünscht wird, weiter erzeugt wird. Sie haben auch vor, eine Änderung, eine Verbesserung dieses Mittelklasse-Lkws durchzuführen bzw. ihn weiterzuentwickeln für den späteren Zeitraum und sie rechnen bis in das Jahr 2000 und darüber hinaus, in einer ähnlichen Variante den Mittelklasse-Lkws hier in Steyr zu fertigen bzw. produzieren zu lassen.
Natürlich wird es eine Reihe von Umstellungen geben und die größte Befürchtung unsererseits liegt nicht beim Lkw, sondern beim überbleibenden Produkt, das ist der Traktor. Es tut uns wirklich leid, daß seinerzeit beim Traktor vor einigen Monaten noch die österreichische Variante in den Mund genommen wurde, daß der Traktor lupenfrei Steyr bleibt, denn man sieht jetzt bereits, welche große Sorge wir dabei haben. Im ersten Halbjahr - das ist kein Geheimnis - haben wir beim Traktor etwa 96 Millionen Verlust gehabt. Zu erwarten für das heurige Jahr sind 170 bis 175 Millionen Verlust beim Traktor. Das heißt, das ist die größte Sorgenkomponente unserer Produkte und wir werden hier in diesem Zusammenhang sicher mehr als alle Hände voll zu tun haben. Unsere Belegschaft ist dahingehend wirklich äußerst besorgt, nämlich vor allem die, die bei Steyr bleiben, wie es mit ihnen weitergeht. Die anderen, die zu MAN kommen, werden mit allen Rechten und Pflichten übernommen. Die Aussage mit allen Rechten und Pflichten haben wir prüfen lassen auch seitens der Arbeiterkammer, die uns hier eine definitive Aussage gemacht haben, was das heißt. Zu dieser Aussage hat auch Generaldirektor Lochte seine klare Bestätigung abgegeben. Das heißt, wir werden die Belegschaft im Bereich Steyr-Nutzfahrzeuge - so wird sie in Zukunft heißen - überführen können ohne irgend eine Veränderung. Es wird nur der Dienstgeber anders heißen und das Firmenschild anders aussehen. Etwas anderes ist hier nicht beabsichtigt.
Beim Traktor ist es unsicher, wie es weitergehen wird, noch dazu mit diesen Riesenverlusten.
Liebe geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, es ist bedauerlich wenn man seitens der Medien einmal dem Betriebsrat die Schuld gibt oder den Belegschaftsvertretern, wenn sie etwas verhindern, nämlich daß dort etwas passiert, was in aller Interesse ist und wenn man zweitens, wenn es passiert ist, wo wir uns nicht dagegen wehren konnten, wir auch wieder die Schuldigen sind. Das heißt, du kannst dich hinstellen wo du willst, du bekommst immer die "Fotze", wenn ich diesen Volksausdruck gebrauchen darf. Du bekommst eine, ob du willst oder nicht. Wenn wir auch glauben, wir machen das Beste, wir sind die Schuldigen. Es hat noch keiner bisher - ich würde die Medien bitten, darauf Bezug zu nehmen - das Unternehmen angegriffen, weil doch das Unternehmen es ist, das uns in die Irre geführt hat und den Betrieb hinuntergewirtschaftet hat, weil das Unternehmen es war, das uns bisher immer gesagt hat, mit dieser Stückzahl werden wir wieder aus dieser Situation herauskommen und weil das Unternehmen es war, das gesagt hat, wenn wir den Gürtel enger schnallen, dann wird es schon wieder gehen. Alles, was von uns abverlangt und gesprochen wurde, ist nicht eingetreten. Es ist alles realisiert worden, aber es ist nichts besser geworden. Ich darf hier mit aller Deutlichkeit anmerken, ich bin nicht auf den Vorstand böse auf den jetzigen, weil der hat den Scherbenhaufen übernommen. Die Sorge, die wir jetzt haben, das ist bestätigt und mehrmals ausgesprochen worden von Kennern solcher Situationen, das hat vor 20, 25 oder 30 Jahren schon begonnen. Es hat bei den Investitionen gefehlt, es hat bei den Orientierungen der Märkte gefehlt und es hat natürlich auch bei den bestehenden Besetzungen von verschiedensten Posten gemangelt, eben die richtigen

Leute eingesetzt zu haben. Das sind die Auswirkungem der heutigen Situation. Ich darf eines herzeigen, wenn sich natürlich ein Betriebsratskollege, und die KPÖ unterstützt das wärmstens,und wenn sie darauf Bezug nehmen, daß Kollege Leithenmayr das Werk verkauft hätte und auch andere Medien bedienen sich dieser Aussage, dann ist die Frage von meiner Seite aus noch zu stellen, wer führt das Unternehmen, wer hat die Vollmacht, das Unternehmen zu führen? Ich glaube, wer das Betriebsrätegesetz, das Verfassungsgesetz, kennt, kann da sicher eine klare Aussage treffen. Niemals der Betriebsrat. Wir können nur für die Belegschaft verhandeln, was es zu verhandeln gibt. Wenn wir das durchbringen, ist es gut, wenn nicht, können wir gar nichts machen. Wir haben das in der Vergangenheit mehrmals erlebt, wie wir uns beschimpfen lassen mußten - das habe ich vorhin schon erwähnt - wenn wir bei den Verhandlungen das Bestmögliche wollten, aber leider nicht das herausgekommen ist, was wir uns gewünscht hätten. Wir haben diese leidige Sitution jetzt und ich wünsche mir nur für die Zukunft, daß das sehr ernsthaft betrachtet wird und nicht unbedingt das Parteipolitische in den Vordergrund zu stellen.
Ich bitte alle hier im Gemeinderat, uns gemeinsam zu unterstützen und vor allem die neuen Betriebe nicht von vornherein als gescheitert zu betrachten. Wir haben alle Hände voll zu tun, daß dieser Betrieb, dieses Pflänzchen, wachsen kann.
Ich danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Seitens der KPÖ? Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werte Kolleginnen und Kollegen, es war der Mehrheit bekannt aufgrund meiner vielen und jahrelangen Äußerungen, daß sicherlich nach so einer entscheidenden Situation, die wir jetzt in Steyr erleben, auch der kommunistische Vertreter die Aktuelle Stunde benützen wird, um dieses Thema zu stellen. Hier beginnt eigentlich das Leidliche schon. Die wichtigste Frage, die uns zumindest seit 3 Jahren beschäftigt, ob Betriebsrat und Gewerkschaft, Bundes-, Landes- oder Gemeindevertreter, haben wir es nie für notwendig befunden, daß wir in einem eigenen Tagesordnungspunkt diese Frage gestellt hätten. Es war immer wieder nur die Möglichkeit, im Rahmen der Aktuellen Stunde aufzutreten. Allerdings sage ich dazu, daß man hier - positiv sage ich das - das Statut nie angewendet hat, denn dann hätte man mir sicher fast bei jeder zweiten Gemeinderatsitzung das Wort entziehen müssen.
Ich möchte daher gleich zu Beginn meiner Ausführungen im Namen der kommunistischen Fraktion hier im Gemeinderat und auch gleichzeitig im Namen meiner rund 1.000 Wähler in Steyr gegen den Verkauf der Lkw-Sparte protestieren. Vizebürgermeister Holub hat in seiner Stellungnahme oder in seiner Einleitung schon hingewiesen darauf, daß mehr oder weniger die Befürchtungen, die ich in vielen Gemeinderatsitzungen in den vergangen Jahren zum Ausdruck gebracht habe,nun leider bestätigt wurden mit dem Verkauf der Steyrer Lkw-Produktion an den ausländischen MAN-Konzern. Nach 125 Jahren Bestehens der Steyr-Werke bleibt, wie Kollege Tatzreiter jetzt sehr detailliert angeführt hat, nicht mehr viel übrig vom ganzen Werk und schon gar nicht Eigenständigkeit. So soll auch nach meiner Information die Schmiede bereits verkauft werden an eine BRD-Firma sowie der Belegschaftsstand bereits im kommenden Jahr verringert werden. Leider sind das lauter Informationen, die man als Mandatar, als Politiker,irgendwo herbekommen muß , weil die zuständigen Verantwortlichen, nämlich die Belegschaftsvertreter, die im Aufsichtsrat der Steyr-Daimler-Puch sitzen, nicht nur die Politiker im Gemeinderat nicht informierten, sondern auch ihre eigenen Kolleginnen und Kollegen, die sie fast 100%ig gewählt haben und auch Vertrauen zu ihren Funktionären hatten. Für diese Entwicklung der Steyr-Werke sind in erster Linie nicht der Betriebsrat und die Belegschaftsvertreter verantwortlich nach meiner Auffassung, sondern in erster

Linie ist für diese Entwicklung, die seit Jahren eingeleitet wurde, die Bundesregierung voll verantwortlich. Denn die Zerschlagung des einheitlichen, ich sage immer des halbverstaatlichten Konzerns ist nämlich mit ihrer Zustimmung auch unter dem jetzigen Bundeskanzler Vranitzky erfolgt. In den letzten 10 Jahren verringerte sich bereits der Belegschaftsstand der Steyr-Werke - das ist der entscheidende Betrieb unserer Region und der Stadt - von 11.000 Arbeitern und Angestellten auf nur mehr etwa über 4.000. Dem gegenüber, das habe ich auch heute schon gesagt, ich bin aber offenbar nicht so ernst genommen worden, wurden ja - nur 2.500 Arbeitsplätze, davon - das habe ich positiv unterstrichen in meinen Ausführungen zu BMW, und ich sage jetzt die genaue Zahl- 1.989 beim BMW-Motorenwerk, aber mit einer Förderung von Bund und Land und auch der Stadt in der Höhe von 2.189 Millionen Schilling neu geschaffen. Ich frage Sie jetzt, mit wieviel Millionen Schilling wurden in den letzten 10 Jahren, also in diesem ganzen Zeitraum, die Steyr-Werke durch die Stadt Steyr - ich mache Sie nicht verantwortlich für Bund und Land - gefördert? Es hat hier schon Debatten gegeben in den letzten 3 oder 4 Jahren, wo es darum gegangen ist, die Lehrwerkstätte zu fördern, um zu sichern, daß dort doppelt so viele Lehrlinge ausgebildet werden. Diesen Förderungselan für BMW konnte ich auch heute noch nicht durch die Debatte um BMW von den Sprechern, die heute aufgetreten sind, feststellen. Die Entwicklung der Steyr-Werke ist für uns völlig unverständlich, die jetzt vor sich geht, wenn ausgerechnet die gute Geschäfts-, Ertrags- und Auftragslage als Argument für den Verkauf der Lkw-Fertigung an den BRD-Konzern MAN verwendet wurde. Das gleiche trifft auch auf den Traktorbereich zu, wo nach dem Scheitern der Kooperation mit Klöckner - Humboldt - Deutz weiterhin, soweit ich informiert bin, nicht an einen österreichischen,sondern an einen ausländischen Partner gedacht wird.
Gerade die verbesserte Wirtschaftslage und die ausgezeichnete Auftragslage im Hauptwerk, -ich glaube die Zunahme war,-Ihr vom Werk könnte mich ja berichtigen - beim Lkw 49 Prozent. Das wäre doch Grund dafür gewesen, die eigenständige österreichische Nutzfahrzeugindustrie, also die Steyrer Nutzfahrzeugindustrie um jeden Preis zu erhalten.
Ich möchte auch hier Kritik anbringen, während die großen Parteien auf den Ausverkauf der Steyrer Lkw-Sparte schweigend reagierten, verurteilte - leider möchte ich sagen - die kleine, so bedeutungslose KP, wie sie oft hingestellt wird, diesen Schritt. Noch vor Bekanntgabe des Verkaufes an MAN protestierte ich im Namen der KPÖ-Landesleitung in aller Öffentlichkeit bereits am 8. September 1989 in einer Resolution an die Bundesregierung gegen den Ausverkauf der Steyr-Werke. Obwohl wir nicht die Information besessen haben, wie eben so manche andere Funktionäre, die es verabsäumt haben, die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Wir forderten Bundeskanzler Vranitzky und die SPÖ- und ÖVP-Koalitionsregierung in dieser Resolution auf, als Eigentümervertreter der verstaatlichten CA eine Umkehr dieses für die längerfristige Entwicklung verhängnisvollen Trends der österreichischen Industriepolitik vorzunehmen und den Verkauf der Lkw- und Traktorproduktion der Steyr-Werke an ausländische Konzerne verhindern. Das Ergebnis ist ja bekannt.
Wie Sie ja informiert wurden, wurde die Grundsatzvereinbarung zwischen Steyr-Daimler Puch und MAN am 8. September in München in aller Stille - das hat niemand gewußt, nur der Aufsichtsrat hat es gewußt - auch von den Belegschaftsvertretern unterzeichnet, und bereits am 12. September stimmte der Aufsichtsrat der Steyr-Werke, 10 Unternehmervertreter, mit nur einer einzigen Ausnahme dieser Vereinbarung zu, also diesem Verkauf zu. Es war unser Kollege und Stadtrat Rudolf Pimsl, der nach meiner Meinung nach im Interesse seiner Kolleginnen und Kollegen und damit - so meine ich auch - im Interesse unserer Stadt und der gesamten Region, aber darüber hinaus auch Österreichs, gegen den Verkauf der Steyrer Lastwagenproduktion, gegen die Mehrheitsbeteiligung des ausländischen MAN-Konzerns stimmte. Der Betriebsratsvorsitzende der Arbeiter - er wurde heute schon durch das

Verlesen des Briefes als Nationalrat der SPÖ hier besonders herausgestrichen Leithenmayr, der ja in unserer Stadt in aller Munde ist aufgrund der Veröffentlichung, daß er vorgesehen ist,in nächster Zeit als Vizebürgermeister der Stadt zu fungieren und 3 Belegschaftsmitglieder enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme. Meiner Meinung nach kommt dies einer Verkaufszustimmung gleich. Damit stimmten sie für den Verkauf der leistungsfähigen Steyrer Lkw-Sparte. Die Kolleginnen und Kollegen wurden damit - das ist nicht übertrieben - ebenfalls zu einem Verkaufsobjekt. Bezeichnend ist auch, wie unser Nationalrat dieser Region, Leithenmayr - das ist kein persönlicher Angriff, aber so etwas macht man eben nicht - zu seinem eigenen Werk steht, zumindest wenn das stimmt, wie das Tagblatt es abdruckte wenige Tage nach dem Beschluß, wo er sich der Stimme enthalten hat, wo er eindeutig dokumentierte, die Entscheidung für MAN darf nicht nach Gefühlen beurteilt werden. Steyr hatte als kleinster Lkw-Hersteller Europas keine Überlebenschance. MAN hat einen wichtigen Konkurrenten beseitigt und mich hat es ein bißchen traurig gestimmt, daß Kollege Tatzreiter, dem ich voll die Ehrlichkeit zuspreche, wie er sie hier auch zum Ausdruck gebracht hat, aber er eben die Macht nicht hat, aber doch auch hier erklärt, mich könnt Ihr nicht verantwortlich machen, ich bin nicht stimmberechtigt. Du sitzt im Aufsichtsrat, hättest Deine Kollegen informieren müssen usw. von dem, was Du gewußt hast von Deinem Vorsitzenden. Da hätte man mobilisieren können, die Gemeinde mobilisieren können und andere politische Kräfte, die vielleicht stärker sind wie der Steyrer Gemeinderat, um hier etwas zu verhindern. Dann sagst Du noch dazu, es war die beste Entscheidung ....

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:
Das hat der Vorstand erklärt!

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Entschuldigung, dann habe ich Dich falsch interpretiert. Entschuldige.
Abschließend möchte ich sagen, mit dem Ausverkauf des Kernstückes der Steyr-Werke, nämlich der Lkw-Produktion, hat die Creditanstalt, die verstaatlicht ist, den Schlußstrich ihrer Industriepolitik zugunsten des Auslandskapitals gesetzt. Es gibt ja fast keine Betriebe mehr, sondern sie haben alles abgestoßen und verschachert. Nun heißt eben der neue Eigentümer des Steyrer Hauptwerkes möchte ich sagen MAN und ist der zweitgrößte Lkw- und Nutzfahrzeughersteller in der BRD. Ab nun kontrolliert eben MAN nicht nur die Steyrer Produktion, sondern die gesamte österreichische Lkw-Produktion, bei der ÖAF haben sie ja auch schon das entscheidende Wort zu sprechen.
Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Vorarbeit dazu leistet niemand anderer als ein MAN-Vertrauensmann, der sich uns vor 3 Jahren hier in diesem Raum vorgestellt hat, das ist Generaldirektor Otto Voisard, der über 30 Jahre diesem Konzern vorgestanden ist. Er ist zwar Österreicher und ist ausgebildet worden an der Montanistischen Hochschule in Leoben, hat aber dann den Weg gemacht. Er ist sicher ein fähiger Mann und hat das auch bewiesen bei MAN, daß er dort das Rationalisierungshandwerk bestens versteht, denn dort hat er auch 30 Prozent der Belegschaft wegrationalisiert. Die älteren Gemeinderäte, die bei dieser Sitzung dabei waren, werden sich noch erinnern daran, was ich nicht nur hier sage oder in der Öffentlichkeit,sondern auch dem Betreffenden in das Gesicht gesagt habe. Daß er dasselbe, was er dort vollzogen hat im Namen der MAN-Gesellschaft, auch hier durchziehen will. Er hat sich allerdings immer wieder beschränkt darauf, nein, die Stückzahl ist zu klein, wir müssen umstrukturieren. 3.000 Lkw, das ist jetzt schwer auf dem europäischen Markt abzusetzen. Das heißt, mit dieser geringen Stückzahl gibt es kein überleben, wir müssen eine Kooperation eingehen. Nichts gegen Kooperationen, aber doch nicht mit so einem Partner, der mich mit

Haut und Haaren schlucken kann, wie es bei MAN war. Hier glaube ich, ist auch von seiten der SP-Gewerkschaftsführung, das ist doch eine Kraft, nicht nur in Steyr mit den 27.000 Mitgliedern - du stehst dem vor - sondern darüber hinaus natürlich und gleichzeitig auch hätten die Politiker hier einen entscheidenden Widerstand entgegensetzen müssen.
In der dreijährigen Tätigkeit von Otto Voisard - Kollege Tatzreiter hat es auch angeschnitten - hat es gegeben Personalabbau und damit verbunden einen stärksten Leistungsdruck auf die Kolleginnen und Kollegen - ob das jetzt Angestellte oder Arbeiter waren - es erfolgten Kürzungen der Sozialleistungen, es folgten Lohn- und Gehaltsverzicht sowie - was das Entscheidende ist - die Aufsplitterung des Steyr-Daimler-Puch-Konzerns, verbunden mit dem Ausverkauf, jetzt mit der entscheidenden Sparte Lkw-Produktion.
Aber auch hier muß ich, glaube ich, abschließend sagen, trifft auch die Gemeinde ein wenig Schuld. Der Gemeinderat hat nicht alles unternommen, was möglich gewesen wäre, daß diese Entwicklung, eine so negative Entwicklung, so vor sich gehen hat können. Die Belegschaft - das ist heute durch Bürgermeister Schwarz schon zum Ausdruck gekommen - und der gesamte Gemeinderat tappte mangels echter Informationen auch von jenen, die in diesem Saal sitzen als Vertreter - meist von den Steyr-Werken entsendet und dann gewählt - vom Verkauf der Steyr-Daimler-Puch an MAN im dunkeln. Erst heute, am 28., wurde mittels dieses Briefes von Kollegen Leithenmayr, der eingangs unter Mitteilungen von unserem Bürgermeister Schwarz vorgetragen wurde, der Gemeinderat offiziell informiert. Die Generaldirektion hat es nicht der Mühe wert gefunden, nicht einmal einen Brief, den unser Bürgermeister im März geschrieben hat, zu beantworten. Ich habe das auch schon kritisiert und bereits in der Frage der Förderungszusage der Lehrwerkstätte bei der letzten Million, wo ich gesagt habe, wenn ich Bürgermeister gewesen wäre, ich hätte keinen Antrag gestellt für ein solches Werk, wenn der Generaldirektor nicht einmal einen Brief beantwortet in einer so entscheidenden Phase und so bedeutungsvollen Entwicklung unserer Stadt, die beeinflußt wird.
Abschließend möchte ich noch sagen, man müßte eigentlich heute verlangen - und Generaldirektor Voisard wurde eingesetzt von der CA, und die CA wiederum untersteht der Bundesregierung. Man müßte hier appellieren, daß diese Stellen diesem Otto Voisard, diesem Generaldirektor, den Auftrag geben, daß er sich hier im Gemeinderat, so wie er bei seinem Antritt hier aufgetreten ist, auch stellt und Rechenschaft abgibt über seine Tätigkeit, die so verheerende Folgen für unsere Stadt und die Region herbeigeführt hat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Namens der FPÖ Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Es gäbe an sich eine Reihe von Aktuellen Themen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, die es wert wären, heute hier im Rahmen der Aktuellen Stunde des Gemeinderates behandelt zu werden. Absolute Priorität hat aber das Thema, das heute von der ÖVP, von Vizebürgermeister Holub, zur Sprache gebracht wurde . Ich darf hier feststellen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß es ja nicht das erste Mal ist, daß wir uns über Probleme der Steyr-Werke in diesem Raum auseinandergesetzt haben. Wir haben auch - das darf ich in Erinnerung rufen - einstimmig eine Resolution verabschiedet, die damals an den Herrn Bundeskanzler gegangen ist, mit der Bitte um Hilfestellung für das Steyr-Werk, um die Selbständigkeit dieses Werkes zu bewahren. Allerdings hat sich eines herausgestellt, daß meine Annahme, die ich immer wieder von dieser Stelle aus geäußert habe, richtig ist, daß es kaum möglich ist, von Seiten des Gemeinderates Einfluß auf die Steyr-Werke zu nehmen.

Hinter dieser neuesten Situation, meine Damen und Herren, und dem Dilemma, vor dem sich nunmehr die Steyr-Werke befinden, steht aber offensichtlich eine rasche politische Entscheidung auf höherer Ebene, ohne Rücksicht auf die Arbeitnehmer und ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation unserer Region Steyr.
Daher, meine Damen und Herren, haben wir bei Bekanntwerden, daß die Steyr-Daimler-Puch AG 80 Prozent der Lkw-Fertigung an den ausländischen MAN-Konzern veräußert hat, verlangt, daß man die Verhandlungsergebnisse offen legt und vor allen Dingen offenlegt, was mit den Arbeitnehmern zu geschehen hat, die unter Umständen von MAN nicht weiterbeschäftigt werden. Sicher ist aber auch das Argument schwer zu entkräften, daß ohne Kooperation mit einem ausländischen Unternehmen ein Weiterbestand der Steyr-Daimler-Puch AG nicht möglich ist. Aber eines ist auch sicher, jahrzehntelange Fehlentscheidungen von allen Seiten, vor allen Dingen von der Unternehmensseite, haben zu dieser Situation geführt.
Aber eines, Kollege Tatzreiter, verstehe ich als Arbeitnehmer nicht. Da gibt es 10 Kapitalvertreter im Aufsichtsrat, 5 Arbeitnehmervertreter und da gibt es vier Stimmenthaltungen von den Arbeitnehmervertretern. Obwohl bekannt ist, daß man an und für sich nichts mehr ändern hätte können, dann hätte durchaus auch die Arbeitnehmervertretung im Interesse der Arbeitnehmer gegen diese Veräußerung stimmen können. Das verstehen auch die Arbeitnehmer in den Steyr-Werken nicht und das Du wirst ja selbst wissen, Du hast es ja inzwischen am eigenen Leib verspüren können. Es gilt also - ich fasse mich kurz, weil ja bereits so viel gesagt wurde und soviel Richtiges bereits gesagt wurde - den Schaden für den einzelnen Arbeitnehmer - da stehen ja Schicksale dahinter - möglichst gering zu halten.
Es gilt aber auch, den Schaden für die Gesamtwirtschaft der Region Steyr möglichst gering zu halten. Dafür darf ich alle aufrufen, so wie meine Vorredner, sich vehement einzusetzen. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke.
Kollege Tatzreiter bitte.

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:
Zum Stimmverhalten hat es Betriebsratsbeschlüsse gegeben, es sind Sitzungen abgehalten worden, jeweils mit den Körperschaften der Arbeiter sowie der Angestellten mit den Betriebsräten und den Vertrauensleuten. Daraus ist dieses Stimmverhalten hervorgegangen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist ja eine Selbstverständlichkeit, deswegen habe ich auch eingangs der Sitzung einen ausführlichen Bericht aus der Sicht der Belegschaftsvertretung hier zur Kenntnis gebracht, daß dieses Thema natürlich uns in Steyr alle zutiefst bewegt. Ich schließe alle ein, niemand ist glücklich, jeder ist betrübt und traurig über diese Entscheidungen, die getroffen wurden. Das muß ich sehr deutlich sagen. Es wurden zum Teil Schuldzuweisungen gemacht und es wurde versucht, Fehler zu suchen. Es ist vergossene Milch, aber man sollte die Situation, in der sich das Werk befindet, doch aus der Vergangenheit ein bißchen beleuchten, das erscheint mir notwendig. Ich glaube nicht so sehr, daß die Fehler in den letzten 4, 5 oder 10 Jahren passiert sind, sondern die Hauptfehler sind wesentlich früher passiert. Wir leben in einer Industriestadt und alle Industrien sind davon betroffen. Ich denke an die technische Entwicklung, an die Technisierung der industriellen Produktion in erster Linie. Ich habe das schon sehr oft betont und glaube, es ist richtig. Man hat unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund der Zukunftsforschungen erkennen können, daß sich die Produktionen im Laufe der nächsten Jahrzehnte entscheidend verändern. Ich glaube, daß diesen Untersuchungen viel zu wenig Beachtung geschenkt worden ist, daß man nicht daran gedacht hat, daß eine Kurbelwelle so

wie heute produziert wird mit 5 Mann, wo früher 200 beschäftigt waren. Das hat man nicht beachtet, man hat dieser Entwicklung viel zu wenig Beachtung geschenkt. Man weiß heute, daß eine Zukunftsentwicklung - bei BMW wird das gemacht, die entwickeln heute den Motor für das Jahr 2000. Das ist unbedingt erforderlich, wenn ein Betrieb florieren soll. Man hat gewußt, daß in diesem Betrieb, selbst wenn mehr Stückzahlen produziert würden, immer weniger Kräfte benötigt werden. Die damit verbundenen strukturellen Veränderungen hätten rechtzeitig eingeleitet werden müssen.Nicht das Geld auf die hohe Kante legen, wie das vor 30, 40 Jahren geschehen ist, damals hätten die Mittel vernünftig eingesetzt werden müssen - das ist meine simple Meinung - dann wäre die heutige Situation viel weniger schmerzlich zu bewältigen, als das jetzt der Fall ist. Das ist meine Meinung dazu.
Ein Betrieb, der in eine Situation kommt, wo er sich am Markt nicht mehr behaupten kann, muß - wir haben ja alles getan, wir haben die Bundesregierung aufgefordert um neuerliche Zuschüsse. Es ist um ziemlich große Beträge gegangen, die grundsätzlichen Zusagen waren hier vorhanden, aber nicht auf alle Zeiten ist gesagt worden. Verlustabdeckungen sind nicht mehr denkbar, sondern nur Zuschüsse zu Umstrukturierungen. Das ist irgendwo ja verständlich, wenn es eintritt. Ich bedaure es, Otto Du hast darauf hingewiesen, daß man einen Partner in Österreich hätte suchen sollen, aber bitte es gibt halt keinen in Österreich. Es hat sich in Österreich ein Partner für diese Art der Produktion nicht angeboten und es ist auch keiner vorhanden. Es ist darum gegangen, das habe ich heute schon gesagt, entweder den betrieb überhaupt aufzulösen oder eine Form zu finden, wie er weitergeführt wird. Das ist die Alternative, die vorhanden war. So sehe ich das. Ich bedaure zutiefst, das möchte ich noch einmal sagen, diese Entwicklung. Aber bitte es hat niemand eine Alternative auch in den Diskussionen angeboten, und zwar Alternativen, die ein anderes Ergebnis gebracht hätten als das jetzige.
Eines möchte ich auch noch sagen. Es ist gewissermaßen eine Tendenz erkennbar in der ganzen Sache. Die Tendenz ist, das wird von einer bestimmten Gruppe sehr stark forciert, die Privatisierung. Genau in diese Tendenz paßt doch das, Es ist doch so, daß man sagt, weniger Einfluß vom Staat, da sagt man wieder, man braucht den Einfluß vom Staat. Das ist eine Tendenz der Privatisierung ....

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Das war ein Verkauf und keine Privatisierung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Selbstverständlich, diese Tendenz ist sichtbar. Der Einfluß dieser Bereiche, der hier vorhanden ist - ich möchte mich gar nicht näher ausdrücken, es kennt sich sowieso jeder aus, kommen da zum Tragen. Das möchte ich sehr deutlich sagen. So ist doch das.
Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, ich kann nur das bestätigen, was bis jetzt gesagt wurde, ich war zutiefst enttäuscht, daß wir so lange keine Antwort bekommen haben. Wir müssen seitens der Stadtgemeinde alles tun, um die Sicherung des Unternehmens künftighin zu gewährleisten, damit die Leute dort arbeiten können, damit sie ihr Auskommen haben und hier wird dieses Gespräch mit der neuen Leitung, mit der Generaldirektion, sicher Aufklärung geben. Das darf ich sagen. Ich darf auch noch einmal versichern, daß wir alle mitsammen dasselbe Interesse verfolgen, daß der Name Steyr erhalten bleibt. Da dient es aber nicht, daß wir sagen, in vier Jahren gibt es keinen Lkw mehr, weil wenn ich mir einen Lkw kaufen möchte, kaufe ich mir bei dem Betrieb keinen Lkw, wo ich sagen muß, in vier oder gar zwei Jahren gibt es ihn nicht mehr. Wir müssen alles tun, damit das nicht gesagt wird, wir müssen sagen, strengen wir uns an, daß es ihn weiter gibt den Lkw. Wir glauben, daß es den Steyrer Lkw auch im Jahre 2010 noch gibt. Das müssen wir sagen, das hat Sinn für einen Betrieb, wenn wir sagen, in vier Jahren gibt es ihn nicht mehr, dann verlieren wir ihn selber, dann tragen wir selbst dazu bei, daß es ihn wirklich nicht mehr gibt.

Ich bekrittle das. Im Sinne des Unternehmens, im Sinne der Leute, die dort arbeiten, ist eine solche Aussage meines Erachtens nach nicht richtig, sie ist falsch. Ich werde mich bemühen, daß wir in diese Richtung hinarbeitenund hoffe, daß die Leistungen der Arbeiter und Angestellten auch dazu beitragen, daß dieses Produkt auch bis 1995 nicht verschwunden ist, sondern daß es sich weiterhin behauptet auch in einer Kooperation oder im Besitz von MAN.
Damit ist dieses wirklich Aktuelle Thema, dieses bedauerliche Thema für unsere Stadt, abgeschlossen.
Ich frage die KPÖ, ob ein Thema gewünscht wird?

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Ich möchte dem Gemeinderat danken für die Aufmerksamkeit,ich habe meine Zeit weit überschritten und verzichte daher auf meine Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Ich glaube, man darf in einer solchen Situation nicht formalistisch sein. Das hat keinen Sinn, es muß das gesagt werden, was gesagt gehört. Ich danke jedem Debattenredner, der sich beteiligt hat.
Hat die FPÖ ein Thema? Bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich werde jetzt nicht über Privatisierung sprechen, obwohl da einiges aufklärungsbedürftig wäre, sondern ich wende mich dem Stadtplatz zu.
Ab 2. Oktober dieses Jahres tritt ja bekanntlich eine neue Verkehrsregelung, um eine weitere Verbesserung auf dem neu gestalteten Stadtplatz zu schaffen, in Kraft. Ob all diese Maßnahmen tatsächlich von der Bevölkerung als Verbesserung empfunden werden, wird ja die Zukunft noch zeigen. Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, daß eine von allen gewünschte Vekehrsberuhigung am Stadtplatz nur dann eintreten wird, wenn tatsächlich der Stadtplatz nicht mehr als Zufahrt für die Parkplätze am Ennskai benützt wird. Eine der Lösungsmöglichkeiten, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dieses Problems wäre eine Abfahrtsrampe von der Schönauerbrücke in Verbindung mit der Schaffung von 100 weiteren notwendigen Parkplätzen in Stadtplatznähe. Aber ich möchte heute nicht näher auf dieses Projekt eingehen, weil ich bereits mehrmals im Rahmen der Aktuellen Stunde davon gesprochen habe. Eine Kritik darf ich aber doch weitergeben, weil sie immer wieder aus Kreisen der Bevölkerung zu hören ist, das ist der Standort der Autobushaltestelle vor einem der schönsten Häuser oder überhaupt des schönsten Hauses unserer Stadt am Stadtplatz. Ein möglicher anderer Standort konnte offensichtlich wegen verschiedener Einsprüche nicht realisiert werden. Sie erinnern sich, daß es darüber Diskussionen gegeben hat. Weiters wird auch immer wieder Klage darüber geführt, daß die Autobusse mit laufendem Motor an den Haltestellen stehen, was sich natürlich am Stadtplatz besonders negativ auswirkt und negativ bemerkbar macht. Dies wäre schon eigentlich gar nicht im Sommer, aber auch nicht in der kälteren Jahreszeit notwendig, denn es gibt ja bekanntlich Standheizungen und mit einigem guten Willen könnte man sicher dieses Problem abwenden und Abhilfe schaffen.
Ich schließe meine Ausführungen mit dem Wunsch aber auch mit der Forderung, daß durch Initiativen aller maßgeblichen Stellen im Interesse aller der Stadtplatz in absehbarer Zeit tatsächlich autofrei wird und nur mehr von öffentlichen Verkehrsmitteln oder Zustellern benützt wird. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Seitens der SPÖ? Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Eichhübl, ich muß ehrlich sagen, es gibt natürlich bei jeder Verkehrslösung ein Für und ein Wider und der Verkehrsausschuß, der Verkehrsbeirat hat sich nicht einmal, sondern wiederholt mit dieser Problematik beschäftigt und es ist halt die derzeit günstigste Lösung. Zumindest die große Mehrheit des Verkehrsbeirates, der Verkehrsausschuß im besonderen, hat diese Lösung, die mit 2. Oktober in Kraft tritt, einstimmig beschlossen. Beim Beirat hat es kleine Einwendungen gegeben, aber im Verkehrsausschuß wurde das einstimmig beschlossen. Es ist halt die beste Lösung, die nach vielen vielen Diskussionen herausgekommen ist. Dein Vorschlag, daß die Fahrzeuge, die auf den Ennskai fahren, nicht mehr durch die Stadt fahren sollen, sondern über eine Brücke hinunterfahren sollen von der Schönauerbrücke weg, dieser Vorschlag ist ja auch schon wiederholt gemacht worden. Ich persönlich habe größte Bedenken, weil das Stadtbild von der gegenüberliegenden Seite sehr sehr stark beeinträchtigt werden würde. Ich bin mir sicher, daß seitens des Bundesdenkmalamtes dieser Vorschlag abgelehnt würde. Genauso wie der Vorschlag abgelehnt worden ist der Ab- oder Auffahrtsrampe von der Steyr-Brücke aus. Ich bin mir sicher, auch dieser Vorschlag würde keine Zustimmung finden, weil es ein sehr großer Eingriff in das Stadtbild wäre.
Der Verkehrsbeirat, der Verkehrsausschuß, werden sich sicher in den nächsten Sitzungen immer wieder mit dem Problem Stadtplatz zu beschäftigen haben. Es wird immer wieder schrittweise versucht werden, Verbesserungen herbeizuführen. Aber Wunder kann man halt keine herbeiführen. Der Verkehrsausschuß und der Beirat suchen nach den bestmöglichen Lösungen. Mehr kann man, glaube ich, momentan nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Für die ÖVP? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Bezüglich des Stadtplatzes möchte ich zur Verkehrsregelung etwas sagen. Es tritt mit 2. Oktober die neue Verkehrsregelung in Kraft und es gibt nach wie vor Bedenken gegen die zeitliche Beschränkung speziell auf der Nord- bzw. Westseite des Stadtplatzes. Die Halteverbotszone in der Zeit von 18 bis 6 Uhr früh sollte nach unserer Ansicht im Bereich vom Bummerlhaus bis zum Pfarrberg auf eine Zeit von 18 bis 8 Uhr geändert werden. Es besteht keine Möglichkeit, daß Hotelgäste vom Hotel Mader oder vom Gasthof Köckinger dort nachts parken, denn man kann keinem Gast zumuten, daß er um 6 Uhr früh sein Auto wegstellt.
Ich würde bitten, daß man diese Situation nochmals überdenkt. Außerdem bleiben aufrecht unsere Bedenken und Forderungen, am Samstag nachmittag und an Sonn- und Feiertagen das Parken am Stadtplatz zu erlauben. Es wurde argumentiert, daß der Stadtplatz so schön ist und von Autos freigemacht und freigehalten werden soll, damit die Touristen und die Fremden hier die Schönheit dieses Platzes voll auskosten können und vor allem auch fotografieren können. Trotzdem glaube ich, wäre es sinnvoll, in dieser Zeit die Autos parken zu lassen, denn das schönste Haus - das wurde heute schon einmal gesagt - ist das Bummerlhaus und das ist von Autobussen vielfach verstellt, so daß die Fremden dieses schöne Juwel nicht fotografieren können. Viel weniger, meiner Meinung nach, stören die Kleinautos und Pkws am übrigen Stadtplatz.
Zur Fußgeherzone möchte ich eines sagen, es sind ja Bestrebungen im Gange, den Stadtplatz überhaupt autofrei zu bekommen. Bevor nicht ein generelles Verkehrskonzept vorliegt und damit auch die Möglichkeit von Ersatzparkplätzen vorhanden ist, müßte man davon sicher Abstand nehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Zur Aufklärung darf ich sagen, es liegt ein Beschluß vor, der aufgrund

vieler Diskussionen zustande gekommen ist und es wäre bei einer Änderung natürlich der Ausschuß zu befassen und vor allem auch Kollege Pimsl, der heute nicht hier ist. Ich werde ihm das berichten. Ich habe heute vormittag schon in dieser Richtung ein Gespräch gehabt und wir werden uns mit dieser Problematik, die hier angeregt wurde, noch einmal beschäftigen.
Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Ich möchte noch ganz kurz dazu Stellung nehmen. Ich glaube, Kollege Schloßgangl und ich waren Gesprächspartner im Verkehrsausschuß. Dort hat es diese Anregung seitens der Österr. Volkspartei von Dir gegeben, ihr ist von der Mehrheit des Verkehrsbeirates und -ausschusses nicht nähergetreten worden. Grundsätzlich bin ich der Auffassung, daß die derzeitige Verkehrsregelung, die mit 2. Oktober in Kraft tritt, der erste Schritt ist in dieser Richtung der Freimachung von Pkws des Stadtplatzes, mit Ausnahme der Durchfahrmöglichkeit und des Anfahrens der Busse und Taxis. Selbstverständlich, so glaube ich, ist auch die Meinung einmütig im Verkehrsausschuß, wie dies Stadtrat Schloßgangl gesagt hat, daß bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden, neue Parkflächen müßten geschaffen werden usw. Dies bedingt wieder das im Plan stehende generelle Verkehrskonzept, das bis jetzt nicht vorliegt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke.
Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der Aktuellen Stunde angelangt. Der Ordnung halber darf ich bekanntgeben, daß der Gemeinderat Beschlüsse des Stadtsenates in der Höhe von 2,282.550,- Schilling zur Kenntnis genommen hat und daß bei den Verhandlungsgegenständen Beträge im Ausmaß von S 45,473.900,- beschlossen wurden.
Ich danke allen für die Mitarbeit, die Sitzung ist damit geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.20 Uhr

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Heinrich Schwarz e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
VOK. Augustin Zineder e. h.
Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
Josef Brandstötter e.h.
Wolfgang Wieser e. h.